

Bezugspreis:

Wochenschrift, 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M. einjährig 100.- M. ...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Nonpareilzeilen kosten 3,50 M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 1,50 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97, Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 2. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Internationale Tagung in Kopenhagen

Anlässlich des Jubiläums der Dänischen Sozialdemokratie sind in der letzten Woche in Kopenhagen die Delegierten der sozialdemokratischen Partei von 11 Ländern versammelt gewesen.

Es wurde allseitig bedauert, daß die Deutsch-Oesterreicher und die anderen der Wiener Arbeitsgemeinschaft angehörenden Parteien diesem Festtage der tapferen dänischen Bruderpartei ferngeblieben waren.

Seit dem Genfer Kongress waren die Parteien der zweiten Internationale nicht so vollständig vertreten gewesen; deshalb nahm man inmitten der erhebenden Veranstaltungen des dänischen Festes die Gelegenheit wahr, zu einem internationalen Meinungsaustausch zusammenzukommen.

In Verfolg eines Beschlusses des Parteitages der Labour Party und der letzten Exekutivtagung der Internationale wurde beschlossen, im November eine internationale Zusammenkunft einzuberufen, zu der auch mit der Teilnahme der Vertreter der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft gerechnet wird.

Tschechische sprach als Vertreter der georgischen Sozialdemokratie. Die Versammlung erklärte sich mit dem Londoner Beschluß einverstanden, monoch sich die 2. Internationale zur Teilnahme an einer paritätischen Kommission bei einer Volksabstimmung über das Schicksal des georgischen Volkes erklärt.

sprach des arbeitenden Volkes gelegen ist, und daß ihre sog. Diktatur des Proletariats auch nicht besser ist als die Knutenherrschaft zaristischer Generäle.

Es wurde ferner die Herausgabe eines regelmäßigen Bulletin der 2. Internationale durch das Sekretariat in London beschlossen. Soeben ist die 1. Nummer dieses Bulletin in 3 Sprachen, deutsch, französisch und englisch, versandt worden; sie enthält eine Zusammenstellung sämtlicher Beschlüsse der 2. Internationale seit ihrer Neugründung in Genf.

Die Wirkungen der Sanktionen.

Unser belgischer Genosse de Brouckere, der auf der Rückkehr vom dänischen Parteifest sich kurze Zeit in Berlin und in Bielefeld aufhielt, berichtet gegenwärtig das besetzte Gebiet, um an Ort und Stelle die Wirkungen der Sanktionen zu studieren.

Kautsky für Einigung.

London, 1. August (Reuter.) In einem auf der heute in Strafford abgehaltenen Jahreskonferenz des sozialdemokratischen Verbandes vorlesenen Briefe zollt Karl Kautsky dem Kampf gegen den Sozialismus Anerkennung und erklärt, eine Einigung des Sozialismus sei unerlässlich, besonders im gegenwärtigen Zeitpunkt, da die britische Arbeiterschaft der Vorkämpfer (preisrichter) des internationalen Proletariats geworden sei.

Oberster Ententerat einberufen.

Paris, 1. August. Die Einladungen zur Sitzung des Obersten Rates, welche auf Montag, den 8. August, festgesetzt worden ist, werden heute abend an die beteiligten Mächte abgehandelt werden.

London, 1. August. (W.T.B.) Die Blätter veröffentlichten ausführliche Pariser Telegramme über das zwischen England und Frankreich in der obereschlesischen Frage erzielte Übereinkommen. „Daily Chronicle“ zufolge wird Lloyd George bei den Sitzungen des Obersten Rates zugegen sein.

London, 1. August. (Reuter.) Im Unterhause erklärte Lloyd George auf eine Anfrage, die britische Regierung sei im Verlaufe der jüngsten Auseinandersetzung mit Frankreich lediglich von dem Wunsche geleitet gewesen, eine gerechte Lösung der obereschlesischen Frage in Gemäßheit des Abstimmungsergebnisses und der Bestimmungen des Friedensvertrages zu sichern.

Der Kollektivschritt noch nicht erfolgt.

Der in Ausführung des englisch-französischen Kompromisses zu erwartende Kollektivschritt der drei Besitzhaber Frankreichs, Englands und Italiens in Berlin in der Frage der Erleichterung eines etwaigen Truppentransportes nach Oberschlesien ist, wie wir hören, bis zum gestrigen Abend noch nicht erfolgt.

Bandenterror in Oberschlesien.

Beuthen, 31. 7. (W.T.B.) Der Straßenbahnverkehr über Godullastraße steht noch erdings vollständig unter der Kontrolle und dem Terror einer Bande. Fast jeder Wagen wird angehalten und die Insassen müssen sich eine peinliche Unterfuchung durch die Banditen gefallen lassen.

Hilfsfest in Wien.

Wien, 31. Juli. (W.T.B.) Heute fand hier der Oberschlesier-Hilfsfest statt. Um 10 Uhr vormittags fand in der Volkshalle des Rathhauses eine überaus zahlreich besuchte Festversammlung statt.

Neue Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen. Die amtliche „Correspondence de Strasbourg“ gibt in ihrer jüngsten Nummer 72 Ausweisungen bekannt, darunter 40 Deutsche, 10 Italiener und 8 Zugewanderte.

Russisch-polnischer Konfliktstoff.

Warschau, 31. Juli. (O.E.) Die sowjetrussische Flagge über dem Eingang zum Geschäftslokal der russisch-ukrainischen Sowjetmission in Warschau ist von unbekanntem Täter zerissen worden. Eine andere Sowjetflagge, die hoch über dem Gebäude angebracht war, ist gänzlich verschwunden.

Da die Untersuchungs-schwierigkeiten, von deren Erledigung Tschischerin die Ankunft des russischen Gesandten für Warschau abhängig gemacht hatte, eine Lösung gefunden haben, trifft die russische Sowjetvertretung nunmehr am 3. August in Warschau ein; sie wird im Hotel de Rome untergebracht werden.

Verschwörung aufgedeckt.

Terlitz, 1. August. (O.E.) Die Sowjetpresse veröffentlicht einen ausführlichen Bericht Außerordentlichen Kommission (Tscheta) über eine in Petersburg aufgedeckte Verschwörung gegen die Sowjetregierung. Danach soll das Haupt der Verschwörung in Petersburg Prof. Taganzew gewesen sein, ein ehemaliger hoher Justizbeamter und Sohn des bekannten Reichsratsmitgliedes und Rechtslehrers Taganzew; auch der Name des Fürsten Dimitri Sachowstol wird genannt.

Rußlands Elend.

Der Unterstützungsausschuss der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie hatte bis zum Sonnabend in Wien allein zweieinhalb Millionen Kronen eingebracht.

Aus Riga meldet der „Dzi-Expres“: Die Zahl der unmittelbar von der Hungersnot betroffenen deutschen Wolgako-lonisten beträgt etwa 300 000. Das Moskauer Hilfskomitee hat für das Kolonistengebiet 1 1/2 Milliarden Rubel zu sofortiger Hilfeleistung angewiesen.

Tragödie und Farce.

Die enthüllte SPD-Zentrale.

Von allen Worten des Meisters Karl Marx verdiente keines mehr, von unseren Kommunisten sorgfältig überlegt zu werden, als jenes aus dem „18. Brumaire“, in dem gesagt wird, alle Dinge der Weltgeschichte ereigneten sich zweimal: einmal als Tragödie und einmal als Farce.

Noch vor einem Jahr hielt man bei Blanqui und Bakunin; jetzt aber hält man schon beim Jahre 1903; man hat seinen Revisionismus und seine „Sozialistischen Monatshefte“ die heißen jetzt „Unser Weg“ und sind von Paul Lev herausgegeben, dem in Licht und Bann getanen Opportunisten. „Unser Weg“ richtet jetzt, angesichts des bevorstehenden Kommunistentags von Jena, an die Parteileitung die Frage: „Will sie einen Parteitag oder eine Ramekufenversammlung?“

Bei Beginn der Parteidiskussion nahm der Redakteur der „Südwestdeutschen Arbeiterzeitung“ in Frankfurt Stellung gegen die Zentrale. Er wurde aus der Redaktion entfernt, um in der Presse keine Opposition treten zu lassen.

Die „Sozialistische Republik“, unser Parteiorgan in Köln, erhob Einspruch gegen die Maßnahmen der Zentrale gegen die Opposition. Die Folge war eine Säuberung der Redaktion, die mit zuverlässigen Zentraleanhängern besetzt wurde.

Der Genosse Schöffler, Redakteur der „Bergischen Volksstimme“, des Parteiorgans in Remscheid, polemisierte gegen den berüchtigten „Dynamit“-Artikel der „Roten Fahne“. Die Zentrale verfügte daraufhin seine Entlassung.

Angesichts dieser Verfolgungen holen die Rechtskommunisten zu einem schweren Gegenschlag aus. Sie veröffentlichen in ihrem Organ einen Brief, den Heinrich Brandler, der Vorsitzende der radikalisierten SPD-Zentrale, der Ehrenvorsitzende des „Moskauer Weltkongresses“, am 17. Juni d. J. — nach seiner Verurteilung zu fünf Jahren Festung — an seine Kollegen von der Zentrale gerichtet hat.

Brandler schreibt: Werte Genossen! Ich habe acht Tage Urlaub bekommen. Ich nehme an, daß die Regierung meine Flucht wünscht. Ein Grund für mich, jetzt nicht zu fliehen. Ich benutze die Gelegenheit, Euch über die Art meiner Prozeßführung meine Gründe mitzuteilen.

Ich wollte ursprünglich den Prozeß rein agitatorisch mit der Wirkung allein nach außen führen. Ich bin davon abgekommen, weil sich im Verlaufe der Voruntersuchung herausstellte, daß die Möglichkeit besteht, eventuell Festung statt Zuchthausstrafe zu bekommen. Ich brauche Euch nicht zu versichern, daß nicht persönliche Gründe, wie größere Bequemlichkeit bei Festungsstrafe, für mich ausschlaggebend waren. Als sich im Verlaufe der Voruntersuchung die Möglichkeit einer eventuellen Festungsstrafe herausstellte, habe ich meinerseits alles getan, um mich mit der Zentrale zu verständigen.

Ich tat das durch meine Frau, durch meinen Rechtsanwalt. Es wurde mir von Rechtsanwalt Weinberg, von meiner Frau und von Stöcker, der mich einmal im Gefängnis besuchte, mitgeteilt, daß die Zentrale mit der von mir vorge schlagenen Prozeßführung, die darauf abzielte, Festungsstrafe zu erwirken, einverstanden sei. Ebenso ließ ich anfragen, ob Bedenken beständen, die Baumundszugehen aus Chemnitz zu vernichten, um den Zweck zu erreichen. Auch damit erklärte sich Stöcker und, wie Weinberg mir mitteilte, auch Bied und August einverstanden. Das Zeugnis Levis habe ich von vornherein abgelehnt, obgleich Weinberg immer wieder versuchte, ihn heranzuholen. Jetzt hinterdrein ist Meyer, Walcher und Oberlein der Meinung, daß dies falsch war. Die alte Komödie der Irrungen...

Die Möglichkeit, Festungsstrafe herauszuholen, ergab sich aus zwei Umständen. Der Staatsanwalt Folger hatte zum erstenmal einen politischen Prozeß, und verzicht von der Politik so-

viel, wie die Kuh von Seiten. Er war der Meinung, daß jeder Kommunist und gar der Vorhänger der Partei eine Art verächtlicher Verdreher ist. Als er merkte, daß ich ihn bei der ersten Vernehmung, wo ich jede Aussage verweigerte, nicht auffraß, war seine Auffassung von den Kommunisten erschüttert. Wir hatten dann noch Stundenlang politisiert. Ich konnte mich ihm gegenüber nur verständlich machen, wenn ich ihn von der nationalsozialistischen Seite bearbeitete. Das gelang mir. Ich erfuhr, daß mein Bericht von zwei Zeitgedanken getragen wird: Kommunistenverfolgung und die „schlappe Regierung“ ärgern. Wenn die Möglichkeit bestand, den Ordeßrichter zu suggerieren, daß es die Regierung ärgere würde, wenn sie mich zu Festung verurteilen, war Aussicht, Festungsfrage zu erzielen. Das waren die Voraussetzungen, die erfüllt werden mußten bei der Art meiner Verteidigung.

Brandler redet sich dann weiter darauf hinaus, daß seine Verurteilung nur zu Festung für die anderen Verurteilten günstig sei. Man werde dann sagen, wenn der Anstifter nur Festung habe, dann könne man die Verführten nicht im Zuchthaus sitzen lassen.

In Wirklichkeit macht der Brief klar, daß es Brandler nur darauf ankam, koste es was es wolle, seine eigene edle Haut so weit wie möglich in Sicherheit zu bringen. Zu diesem Zweck bediente er sich einer äußerst verschlagenen, mehr als „opportunistischen“ Taktik, zu der er zunächst auch den Segen der Zentrale bekam. Erst nachträglich stiegen einigen gewisse Bedenken auf. Der Staatsanwalt wird nationalsozialistisch gefördert, die reaktionären Richter werden in den Glauben versetzt, sie könnten die Regierung ärgern, wenn sie ihn nur zur Festung verurteilen — aber was Brandler den Richtern einredet, glaubt er selber nicht, nimmt er doch an, die Regierung habe ihm Urlaub erteilt, um ihn entweichen zu lassen. Man bekommt seltsame Einblicke in das Ineinanderarbeiten von Kommunismus und Justiz, und Brandlers Richter haben alle Ursachen, sich zu den Beschuldigungen, die der von ihnen gnädig Verurteilte gegen sie erhebt, zu äußern.

Selbst ihr Bild aber noch einigermaßen im Dunkeln, so ist jenes Brandlers klar und vollständig. Worte der menschlichen Verschämung, die wir für ihn früher an dieser Stelle geduldet haben, müssen wir nach dieser Enttarnung mit Bedauern zurücknehmen.

Man könnte sagen, wenn Brandler sich wie ein Schwindler benommen habe, so seien es doch eben nur die Richter gewesen, die er, der Angeklagte, beschwindelt habe. Daß aber der Mann bereit ist, die Arbeiter mit der gleichen Eleganz hineinzulegen, zeigt eine weitere Stelle seines Briefes, in der er sein Programm entwickelt. Da heißt es:

Wir dürfen keine Angst haben, zu wenig radikal zu sein. Wir müssen konkrete Vorschläge für das Wiedergutmachungsprogramm machen, die von der Regierung natürlich nicht durchgeführt werden können, von denen aber die nichtsozialistischen Arbeitermassen den Eindruck haben müssen, daß sie bei gutem Willen und bei ihrem Glauben an die bürgerliche Demokratie im Rahmen dieser Demokratie durchzuführen wären.

Also, den Arbeitern soll eingeredet werden, daß Forderungen durchführbar wären, von denen man weiß, daß sie un durchführbar sind! Die Politik des Massenbetrugs, die von der KPD-Zentrale täglich praktiziert wird, wird von dem Ehrenvorsitzenden des „Moskauer Weltkongresses“ zur Höhe eines kommunistischen Prinzips erhoben. Der Mut, nicht radikal zu sein, will sich doch hinter dem Vorhang eines glänzenden Scheinradikalismus verbergen, den hungernden Massen sollen leere Schaugerichte aufgetragen werden. Unerfüllbare Forderungen sollen gestellt werden, um dann, wenn sie naturgemäß unerfüllt bleiben, mit der Miene der Enttäuschung freizugehen zu können: „Die Regierung hat schuld! Die Sozialdemokraten haben schuld, die Unabhängigen haben schuld!“

## Das Burgenland.

Bis zum 27. August hat Ungarn das Burgenland, das Land der Heidebauern und der Heinen, Deutschösterreich zu übergeben, und wenn dieses Stück Deutschland auch durch ein Machtgebot von uns noch getrennt ist, so dürfen wir uns doch freuen, daß wenigstens dieses deutsche Land heimkehrt zum Volksganzen, dem soviel anderes abgerissen ward. Reicht Deutschösterreich wieder bis über den Neusiedlersee und ist Odenburg seine Grenzstadt, so bleibt von den früheren 2 1/2 Millionen Deutschen nur noch eine halbe Million unter ungarischer Herrschaft, nachdem der Rest von der Tschekoslowakei und Südslawien und Rumänien „eingemeindet“ worden ist.

Als Karl der Große dem Frankenreich die Ostmark gegen die Mäurerländer der Donau-Theiß-Ebene schuf, reichte sie schon bis an die Raab, und bereits die Denkschrift von 872 über „des Erzbischofs Salzburg Siedlungs- und Besiedlungsarbeit“ erwähnt zahlreiche Orte und Namen aus dem heiligen Lande. Erst die Bedrängnis des 30-jährigen Krieges und die Hilfsbedürftigkeit des Kaisers gegen Schweden und Dänen ließ ihn endgültig das Land den Ungarn überweisen.

Da im Burgenland die triadischen Rämme der steirischen Zentralalpen unter die Niederungsebene sinken, trifft man dort all die Mineralien wie in den Alpen selbst; neben einem aufgelassenen Eisenerzbergwerk Stein- und Braunkohle, besonders jedoch das wertvolle Antimon neben Kalten und Formsand gefunden, und so Sauerbrunnen auf alte Vulkanität hinweisen, stehen heute noch Baderbrunnen und Baderquellen. Die Niederösterreich ist auch das Burgenland ein Weinbaugebiet.

Nach der langen ungarischen Verwaltungsherrschaft werden Deutschösterreich besonders in Schul- und Bildungswesen größere Aufgaben erwachsen; an Lehrern wird es ihm nicht fehlen, da ihrer genug aus den Nachfolgestaaten vertrieben worden sind.

Dem Geistesleben der Heinen ist neben einer Reihe nicht allzu beträchtlicher Dichter aus älterer und neuerer Zeit der lebende Humorist Josef Reich wegen seiner Dialektpoesie zu nennen. Joseph Händls langjähriger Aufenthalt, Schloss Eisenstadt, liegt im Burgenland, Franz Lippert aber ist in Odenburg selbst geboren und auch der große Schauspieler Josef Kainz entstammte dem westungarischen Wieselburg; der Bopreuther Meisterdirigent, Hans Richter war aus Raab und der Anatom Josef Hirtl aus Eisenstadt. Bezüge man erst noch das „tschechoslowakische Bratislava“ ein, jenes Brestburg, wo niemals Tschechen und nur wenige Slowaken gelebt haben, so könnte man die Liste deutschwestungarischer Künstler und Gelehrten noch bedeutend erweitern. Die uralte Tätigkeit der katholischen Kirche in dem Lande läßt erahnen, daß zahlreiche gotische Gotteshäuser mit vielem künstlerischen Inhalt neben den Schlössern und Burgen des Landes stehen. Richard Bernstein.

Man kann den Rechtstommunisten den Triumph nachfühlen, den sie empfinden, da sie den kanonisierten Heiligen des kommunistischen Radikalismus in solcher Art und Weise enthüllen können. Die „Rote Fahne“ aber tobt:

Eine neue Nummer des „Sowjet“, heißt „Unser Weg“, d. h. Lenin Weg genannt, erscheint. Die früheren Mitarbeiter Geper, Dawell, Marcu usw. sind zu feige, ihre Produkte mit Namen zu zeichnen...

Im übrigen scheuen sich die Herren nicht, einen gestohlenen Brief zu veröffentlichen, und dazu noch auf den Anschein zu erwecken, als ob Heinrich Brandler sich zum Mitarbeiter des „Unser Weg“ erniedrigt habe.

Der gemeine Lump, der die Gesegnetheit seines Aufenthaltes in den Räumen der Zentrale benutzte, um zu stehlen, muß auf dem schnellsten Wege mit Schimpf und Schande aus der Partei gestochen werden. Es wird höchste Zeit.

In Frankreich sagt man, alles endet mit einem Liedchen, einem Chanson. Bei den Kommunisten ist es ebenso, nur ist das Liedchen recht eintönig. Zuletzt heißt es immer: „Schmeißt ihn hinaus!“

## Die gestrige Kabinettsitzung.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, beendete das Reichskabinettsamt in seiner gestrigen Sitzung noch nicht die Beratung der Steuervorlagen. Die Besprechungen werden durch eine Reise des Reichsfinanzministers Wirth nach Bremen eine Unterbrechung erfahren; die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt werden.

Wie wir weiter hören, ist das Kabinettsamt zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Vorschläge des Reichswirtschaftsministers bezüglich der Erlassung der Goldwerte einen Weg in der Erfüllung unserer Leistungsverbindlichkeiten der Entente gegenüber bedeuten. Tendenzmäßigkeiten einiger Berliner Blätter, die von einer Zweispaltigkeit im Kabinettsamt und einer Spaltung zwischen Finanzminister und Wirtschaftsminister wissen wollten, beruhen auf freier Erfindung.

## Stresemann erklärt.

Der „Vorwärts“ brachte am 20. Juli eine Veröffentlichung aus dem „New York Herald“, die attennmäßig die Verhandlungen Stresemanns mit der englischen Regierung schilderte, die er während der letzten Tage vor dem Ablauf des Ultimatums geführt hat. Die Dokumente gaben ein einwandfreies, klares Bild von dem Willen Stresemanns und damit der Deutschen Volkspartei, unter bestimmten Voraussetzungen, deren man sich durch die englische Regierung inoffiziell zu versichern bemüht war, für die Annahme des Ultimatums zu stimmen. Es kam nicht dazu, wenigstens nicht bei der Mehrheit der Deutschen Volksparteier, weil die Zusicherungen der englischen Regierung einen Tag zu spät eintrafen. Zum anderen schwante die Deutsche Volkspartei aus parteipolitischen Gründen in die Opposition ab, weil sie inzwischen gesehen hatte, daß nicht nur das Zentrum für die Annahme stimmen wollte, sondern auch die Sozialdemokraten bereit waren, in der Stunde der Not in die Bresche zu springen.

Die Veröffentlichung des „New York Herald“ bedeutete bei der Spannung zwischen Frankreich und England für die englische Regierung die Notwendigkeit, sich zu demütigen. Sie tat das in so unklarer Form, daß jeder daraus lesen mochte, was er Lust hatte.

Jetzt meldet sich nun der Hauptbeteiligte, Stresemann, in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Die Länge seiner Erklärungen steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Klarheit. Parteipolitisch geschieht beginnt Stresemann seine Verteidigung damit, daß er einen Hieb gegen das Zentrum führt, von dem er betont, daß es am 8. Mai geschlossen und bedingungslos für die Annahme gewesen sei. Er, der große Stresemann habe versucht, das Zentrum dafür zu gewinnen, nur dann

dem Ultimatum zuzustimmen, wenn die Entente und im besonderen England Entgegenkommen in der Angelegenheit der Aufhebung der Sanktionen und der überschüssigen Frage zeige. Es sei ihm dann, weil sein Vorschlag leider nicht allgemeine Zustimmung fand, „nichts anderes übrig geblieben“, als persönlich eine Stellungnahme der englischen Regierung herbeizuführen. Da im allgemeinen nicht üblich ist, daß Führer einer großen Partei auf eigene Faust mit fremden Regierungen verhandeln, wenn sie nicht inoffiziell als zukünftige Männer, als kommende Kabinettsmitglieder oder ähnliches austreten, so scheint uns die von ihm geschilderte Methode des Herrn Stresemann, persönlich aus Freude an der reinen Wissenschaft mit England zu verhandeln, ganz originell. Damit wird aber seine Erklärung noch deutlicher eine Entschuldigung, eine Umdeutung des Tatbestandes, als sie es ohnedies schon gewesen wäre.

Stresemann bestätigt, daß die Antwort Englands an ihm um einen Tag zu spät, 24 Stunden nach der Annahme des Ultimatums durch die heutigen Regierungsparteien, ihm zugegangen sei. Das ist wieder eine Feststellung negativer Art. Was wollte denn Herr Stresemann mit der Antwort anfangen, wenn sie zur rechten Zeit gekommen wäre? Darüber gibt er leider keine Auskunft, ob er sie dann still in seine Tasche gesteckt hätte oder ob er sie zu einer politischen Aktion als Führer der Deutschen Volkspartei auszunutzen geneigt gewesen sei.

Alle Verständigen werden mit uns einer Meinung darin bleiben, daß die Erklärungen des Herrn Stresemann in dem, was er nicht erklärt, den Beweis dafür bringen, daß er als Führer der Deutschen Volkspartei geneigt gewesen ist, dem Ultimatum zuzustimmen. Das hätte aber in jenen Tagen logischerweise bedeutet, daß die Deutsche Volkspartei in die Regierung eingetreten wäre, damit wurde Stresemann möglicherweise Reichsminister. Jetzt die Dinge auszudeuten und die Tatbestände umzubiegen, ist ein Beweis für die Richtigkeit unserer feinerzeit geduldeten Auffassung. Es wird der Deutschen Volkspartei nicht glücken, bei den Arbeiten für die Erfüllung des Ultimatums in den nächsten Monaten das Wohlleben der reinen Opposition zu führen. Sie ist, wie die Stresemannschen Erklärungen erneut beweisen, gewillt gewesen, das Ultimatum anzunehmen, sie ist in die Opposition gegangen, weil sie sah, daß auch ohne sie eine Mehrheit für die Annahme vorhanden war. Wir gehen zu, daß diese Stellung parteipolitisch und wahltaktisch nicht ungeschickt ist, das ändert nichts an ihrer Verurteilung vor der Geschichte.

## Christentum.

Wir haben in Berlin auch eine Zeitung des sogenannten evangelischen Christentums. Es ist „Der Reichsbote“. Er berichtet in fünfzehn Zeilen über den „Pazifistenrummel“ und meint damit die gewaltige Friedendemonstration vom Sonntag. Er spricht von einer kindischen Parole, „Nie wieder Krieg!“, das ist dem Blatt der evangelischen Christen kindlich. Besonders entrüstet sich die Zeitung der protestantischen Pfarrer darüber, daß alle Redner betont haben, der Kriegsgedanke müsse nicht nur im öffentlichen Leben, sondern vor allem in der Schule, Kirche und in der Familie bekämpft werden. Der Wille der Kriegsgegner, sich auch persönlich gegen den Revanchegedanken einzusetzen, nennt diese Frömmigkeit eine Demonstration für planmäßigen Vaterlandsverrat. Was würde Christus wohl sagen, wenn er diese pervertierten Apostel seiner Idee mit anhören müßte?

Ueber die sozialpolitische Gesetzgebung des Reichs seit 9. November 1918 orientiert das im Verlag Reimar Hobbing, Berlin erscheinende, 467 Seiten starke Werk „Arbeitsrecht und Arbeitererschutz“, einschließlich der Versorgung und Fürsorge für die Kriegsoffer“, das die Denkschrift des Reichsarbeitsministers Bauer für die Nationalversammlung fortführt. Der Preis des Werkes ist 40 Mark.

Der neue Rektor der Berliner Universität für das Amtsjahr 1921/22 wurde gestern abend gewählt. Die Wahl fiel auf den Chemiker Prof. Dr. Walter Kernst.

Kernst, der vor wenigen Tagen sein 57. Lebensjahr vollendete, ist in weiten Kreisen besonders als Erfinder der „Kernst-Lampe“, einer elektrischen Glühlampe und durch andere praktische Verwertungen seiner Forschungen für Beleuchtungswecke bekanntgeworden.

Deutsche Meeresuntersuchungen in nordischen Gewässern. Der deutsche Forschungsdampfer „Poleidon“ hat mit Genehmigung des Ministeriums in Hoega- und Esbjerg-Untersuchungen über Beschaffenheit, Temperatur und Salzgehalt des Meereswassers angestellt. Die Poleidon-Expedition wird vier Wochen in den Gewässern bleiben. Derartige Untersuchungen sind für die Fischer von großem praktischen Wert, da die Ausbreitung und Wanderung der Ruffische im hohen Grade von der Beschaffenheit des Wassers abhängig ist.

Lehm- und Ziegelbau? Dieser Tage fand in Sorau, der Hochburg des Lehmbaues, unter großer Beteiligung der Bevölkerung eine öffentliche Versammlung statt, in der die Frage „Lehm- und Ziegelbau“ behandelt wurde.

Trotzdem der Lehm- und Ziegelbau seit Jahrhunderten in Sorau, sprach sich die allgemeine Stimmung gegen ihn aus. Die Anhänger und auch Stadtbaurat Faust geben zu, daß der Lehm- und Ziegelbau in keiner Weise ebenbürtig ist. Daß keine Ersparnisse gegenüber dem Ziegelbau erzielt werden, konnte mit Bestimmtheit nicht festgestellt werden, es schien aber erwiesen, daß etwaige Ersparnisse durch Kosten für Sicherungsarbeiten wieder weitgemacht werden. Gegenüber der Behauptung, daß der Lehm- und Ziegelbau die Arbeitslosigkeit abhebe, wies ein Vertreter der Arbeitnehmer darauf hin, daß etwa drei- bis viermal soviel Arbeiter beschäftigt werden könnten, wenn man den Rohstoff zu Ziegeln brenne. Man werde dann auch Dauerbauten erhalten und der Wohnungsnot durchgreifend abhelfen.

Am Schluß der Versammlung wurde ein Schiedsgericht von vier unparteiischen Fachleuten gewählt, das die Frage Lehm- und Ziegelbau eingehend untersuchen soll.

Kunstgewerbeshau in Palästina. Seit Jahrhunderten und Jahrtausenden ist zum erstenmal wieder in Palästina ein Aufschwung der Kunsttätigkeit zu spüren, und ein Zeichen dieser Bewegung ist die Kunstgewerbeshau in Jerusalem, die von der „Pro Jerusalem-Vereinigung“ veranstaltet und durch den englischen Oberkommissar Sir Herbert Samuel feierlich eröffnet wurde.

Das Gebäude, in dem sie stattfindet, liegt inmitten der Ruinen der Zitadelle und der alten Davidstempel, stammt wahrscheinlich aus dem 14. Jahrhundert und steht sich aus einer Gruppe von Türmen zusammen, deren Gemäuer von Grund auf wiederhergestellt wurden und dauernd zu Ausstellungszwecken dienen sollen. Samuel wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die Kunst in Palästina neben Landwirtschaft und Industrie eine Zukunft haben müsse, und zwar solle sie nicht nur für den Bedarf des Inlandes, sondern auch für den Außenhandel arbeiten.

Die Ausstellung besteht aus drei Abteilungen: „Kunst und Handwerk der Vereinigung jüdischer Künstler“, „Mohammedanische Kunst“ und der Abteilung des Stadtbauwesens. Die vielseitigste

und bedeutendste Gruppe ist die jüdische, in der vorzüglichste Schmuckgegenstände, Kameen, Buchereinbände, Kupfergeräte usw. auffallen. Besonders wertvolles bietet die Ausstellung in Handarbeiten. Da steht man wundervolle Spitzen und Gardinen, prächtige Tapeten, alles in Palästina von dort eingerichteten Schulen und Fabriken verfertigt. Ferner sah man eine neue Art Keramik, die von Arabern herührt und stark an italienische Majolika erinnert, Erzeugnisse Jerusalemer Webereien und auch alte mohammedanische Kunstgegenstände.

Ein Tier, das nicht stinkt. Die Strauße im Londoner Zoologischen Garten haben einen Rekord aufgestellt: sie haben seit einem Jahre nicht getrunken. Früher hatten die Strauße einen stets reichlich gefüllten Wasserbehälter in ihrem Käfig, bis der Straußensachverständige der südafrikanischen Regierung Prof. J. E. Duerden den Zoo besuchte. Er riet, man solle das Wasser ruhig aus dem Käfig herausnehmen, denn diese Vögel brauchen nicht zu trinken und befänden sich dabei sehr wohl. Nun haben die Strauße schon ein ganzes Jahr lang keinen Tropfen Flüssigkeit zu sich genommen. Der Wassergehalt des grünen Gemüses, das sie erhalten, genügt ihnen augenscheinlich vollständig.

Gegen den tendenziösen Geschichtsunterricht in unseren Schulen wendet sich das 2. Heft der Verhandlungen des Dresdener Kulturtages, das unter dem Titel „Der neue Geschichtsunterricht“ (soeben in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen ist. (Preis 5 M.)

Prof. Ludo Hartmann-Wien behandelt das Thema: „Geschichtsauffassung und Geschichtsdarstellung“ und Nikolaus Hennigsen-Hamburg zieht die Folgerungen daraus für die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts an unseren Schulen.

Das Heft gehört in die Hand eines jeden sozialistischen Lehrers, es sollte aber auch von allen denen gelesen werden, die ein Interesse an der Erziehung unserer Jugend im neuen Geiste, ein Interesse auch an den Problemen der sozialistischen Geschichtsauffassung haben. Besser als manches dialektische Werk werden die hier zusammengestellten Vorträge in kurzem, knappen Umriss zur Aufklärung über diese Fragen geeignet sein. Sie zeigen, an welchen Stellen der Hebel auf diesem wichtigen Gebiete anzusetzen ist, wenn das neue Geschicht nicht im Banne der alten, obrigkeitlichen Geschichtsauffassung heranwachsen soll. Sie werden den Eltern und besonders den Elternbeiträgen ein Rüstzeug in die Hand geben, um den Kampf gegen den tendenziösen Geschichtsunterricht aufzunehmen, durch den unsere Jugend auch heute noch im dritten Jahre der Republik an der überwiegenden Mehrzahl aller deutschen Schulen vergiftet wird.

Professor Friedrich Gabel, der Direktor des tschechischen Botanischen Gartens, der erst im vorigen Semester von Prag an die Universität Leipzig berufen wurde, ist im 64. Lebensjahr plötzlich einem Herzschlag erlegen.

Zum Intendanten des Dresdener Staatstheaters ist der bisherige Direktor des Stadttheaters in Jülich, Dr. Alfred Reuter, berufen worden.

Edmond Perrier, Mitglied des Instituts und ehemaliger Leiter des Museums für Naturgeschichte, ist in Paris gestorben.

### Kampf in der Berliner Holzindustrie

Von M. Kayser.

Möbelfabrikation und Tischlergewerbe spielen im Berliner Wirtschaftsleben eine erhebliche Rolle; das Interesse, das weitere Kreise der Bevölkerung dem sich entwickelnden Kampfe in diesem Berufszweig entgegenbringen, ist schon allein deshalb wohl begründet. Es kommt aber hinzu, daß es sich nicht um einen gewöhnlichen Lohnkampf handelt; in erster Linie fordern die Arbeiter die Anerkennung des Reichsmantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe, ein Vertragwerk, das überhaupt keine Lohnsätze enthält, sondern nur die Voraussetzungen schafft, unter denen die Löhne in den einzelnen Bezirken geregelt werden sollen. Groß-Berlin soll einen der 17 Bezirke bilden, in die das Deutsche Reich zum Zwecke der Schaffung von Landestarifverträgen gegliedert ist. Voraussetzung für die Schaffung des Landestarifvertrages, in dem in der Hauptsache nur der Lohn normiert wird, ist die Anerkennung des Reichsmantelvertrages, die von den Vereinigten Verbänden der Berliner Holzindustrie verweigert wird.

Das Berliner Tischlergewerbe umfaßt neben einigen Großbetrieben eine sehr beträchtliche Zahl von mittleren und kleinen Unternehmungen. Das macht es erklärlich, daß Differenzen und Lohnstreitigkeiten kleineren Umfangs nicht gerade zu den Seltenheiten gehören. Es ist aber schon recht lange her, daß Berlin einen großen, umfassenden Kampf im Tischlergewerbe gesehen hat. Zu Beginn dieses Jahrhunderts haben sich solche Kämpfe in kurzen Zwischenräumen wiederholt. Damals wurde von Berlin aus die Gründung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe betrieben. Der damalige Führer der Berliner Tischlerinnung und Leiter des Bundes deutscher Tischlerinnungen, der energische Obermeister Kahardt, hat diese Gründung hauptsächlich gefördert. Sie sollte ein Mittel sein, dem aufblühenden Deutschen Holzarbeiterverband das Rückgrat zu brechen. In den Betrieben der Holzindustrie sollte ein Regime eingeführt werden, ähnlich dem in der Großindustrie, in der das damals mächtige Scharfmachertum mit aller Macht den Standpunkt des Herrn im Hause zu wahren trachtete.

Den Höhepunkt der sich damals in schneller Folge wiederholenden Lohnkämpfe war die große Aussperrung im Frühjahr 1907. Sie wurde inszeniert, um den Berliner Tischlern einen unannehmbaren Vertrag aufzuzwingen. Der junge Arbeitgeber-Schutzverband sollte bei dieser Gelegenheit seine Feuerprobe bestehen; deshalb wurde die Aussperrung auf zahlreiche weitere Städte im Reich ausgedehnt. Das Ergebnis des 17 Wochen währenden Ringens war eine eklatante Niederlage des Arbeitgeber-Schutzverbandes. Seine Leiter mußten erkennen, daß sich die Holzarbeiter nicht niederknien lassen, und daß mit Scharfmachereien bei ihnen nicht anzukommen ist. Das Ende jener Aussperrung war zugleich der Beginn des planmäßigen Ausbaues der Tarifvertragsidee im deutschen Holzgewerbe, dessen letztes Ergebnis der soeben abgeschlossene Reichsmantelvertrag ist.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe hat in den letzten Jahren manche Wandlungen erfahren. Neben ihm haben sich eine Reihe anderer Arbeitgeberverbände in der Holzindustrie gebildet, zum Teil durch den Abfall ganzer Bezirke von der Mutterorganisation. Zu diesen abgefallenen Bezirken gehört auch Berlin. Hier hat man inzwischen den Obermeister Kahardt abgelöst; als Präsident der Handwerkskammer ist er abgelöst. Kahardt hat im Laufe der Jahre die Erfahrung gemacht, daß die von ihm früher verfolgte Scharfmacherei nicht zum Ziele führt, und daß es zweckmäßiger ist, sich friedlich mit den Arbeitern zu verständigen. Sein Nachfolger in der Führung der

Tischlerinnung und der Leitung der Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie wurde der Obermeister Paeth. Dieser Mann ist von einem krankhaften Ehrgeiz besessen; er möchte gern der Führer der Unternehmer des ganzen deutschen Holzgewerbes werden, obwohl er nicht über weitere Eigenschaften verfügt, als über eine starke Aufgeblasenheit, die ihn dazu führt, die Bedeutung seiner Person weit zu überschätzen.

Unter der Führung von Paeth sind die Berliner Unternehmer aus dem Arbeitgeber-Schutzverband ausgetreten. Er will sie auf den gleichen Weg leiten, den sie vor zwanzig Jahren gegangen sind, und der ihnen damals gar nicht gut bekommen ist. An den jetzt abgeschlossenen Vertragsverhandlungen waren alle namhaften Arbeitgeberverbände des deutschen Holzgewerbes beteiligt, auch die Berliner Verbände, die sich, in der Verhandlungskommission durch Paeth vertreten ließen. Hier war er sichtlich bemüht, die Führung der Unternehmer an sich zu reißen. Man hatte aber bald erkannt, was Geistes Kind er ist, und so kam es, daß er bald nur die Rolle der komischen Figur spielte und von keiner Seite ernst genommen wurde. Immerhin bleibt ihm das Verdienst, daß er wesentlich zur Verlängerung der Verhandlungen beigetragen hat, die sich fast sieben Monate lang hingezogen haben. Als sie zu Ende waren, erklärte Paeth, daß die Berliner Verbände den Vertrag ablehnen.

Was Herr Paeth mit dieser Eigenbrötlei letzten Endes bezweckt, weiß er wohl schließlich selbst nicht. Einen sachlichen Grund zur Ablehnung des Reichsmantelvertrages hat er nicht. Es ist auch schwer ersichtlich, weshalb ein Vertrag, dem die Unternehmer im ganzen Deutschen Reich zugestimmt haben, für die Berliner Unternehmer unannehmbar sein soll. Dafür gibt es keine andere Erklärung, als daß der Scharfmacher Paeth den Berliner Holzarbeitern seinen Willen aufzwingen will. Er will den Unternehmern in ganz Deutschland zeigen, daß seine Gewaltmethoden das bessere Mittel sind, um mit den Arbeitern fertig zu werden. Herr Paeth unternimmt ein Experiment, dessen Kosten die Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen zu bezahlen haben werden, gleichviel wie der beginnende Kampf ausgehen mag.

Die Berliner Unternehmer hätten für ihren Kampf keinen ungeeigneren Zeitpunkt wählen können als den jetzigen. Lange Monate war der Geschäftsgang im Berliner Holzgewerbe schlecht. Das kam dem Paeth für seine Scharfmachereien sehr gelegen und hat ihm den Aktivismus so schwellen lassen. Jetzt beginnt die Konjunktur sich zu heben. Um den Absatz ihrer Erzeugnisse zu fördern, veranstalten die Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen gerade jetzt eine Möbelmesse, die in der nächsten Woche eröffnet werden soll. Die Großhändler aus dem ganzen Reich sind eingeladen, die ausgetheilten Muster zu prüfen, und die Berliner Möbelindustrie hofft auf diese Weise einen Teil des verloren gegangenen Absatzgebietes wieder zu erobern. Ob der Konflikt im Berliner Holzgewerbe die Reizung der Konjunktur zur Aufgabe von Bestellungen steigern wird, darf man billig bezweifeln. Das darf man um so mehr, als die Berliner Tischler entschlossen sind, ihren Kampf um die Anerkennung des Reichsmantelvertrages mit aller Energie und allen geeigneten Mitteln zu führen. Berlin ist bereits für den Zugzug von Tischlern und Holzarbeitern gesperrt. Daneben wird die Abwanderung von Arbeitskräften gefördert werden. Die famose Paethsche Lohnpolitik, durch welche die Löhne der Berliner Tischler auf ein Niveau herabgedrückt sind, das weit unter dem vieler kleiner Provinzorte steht, macht es gerade den besten Arbeitsträften leicht, den Berliner Staub von den Füßen zu schütteln und sich dort eine Arbeitsstätte zu suchen, wo man ihre Leistungsfähigkeit besser zu schätzen weiß.

Der bevorstehende Kampf im Berliner Holzgewerbe wird damit zu einer Angelegenheit, die nicht nur die unmittelbar

Beteiligten angeht, sondern weit darüber hinaus die Interessen der Berliner Bevölkerung berührt. Auch das Kampfobjekt muß unter einem höheren Gesichtspunkt gewertet werden. Die Berliner Holzarbeiter führen gewissermaßen einen Kampf für die Reichseinheit gegen den Partikularismus. Man mag im ersten Augenblick über solch einen Vergleich lächeln, man soll aber nicht vergessen, daß der Zusammenhalt des Reichs nicht nur durch die Künfte der hohen Politik, sondern vielmehr in weit höherem Maße durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen gewährleistet wird. Zu diesen gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen gehört nicht an letzter Stelle die Vereinbarung einheitlicher Arbeitsbedingungen für alle Teile des Reichs, wie das durch den Reichsmantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe geschehen ist.

Die Paethsche Taktik findet bei den Berliner Unternehmern des Holzgewerbes keineswegs allgemeine Anerkennung; seine Exzentriktäten haben schon starken Widerspruch geweckt. Man darf bezweifeln, daß die Reizung besonders groß ist, einer obermeisterlichen Marotte zuliebe das Geschäft vollends auf den Hund zu bringen. Aber das müssen die Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen unter sich abmachen. Soviel steht fest, daß die Berliner Holzarbeiter bei ihrem Kampf um den Reichsmantelvertrag nicht nur die Unterstützung der gekamten Arbeiterschaft finden, sie finden auch die Sympathie weiterer Kreise des Bürgertums. Besteht doch bei diesem Kampf die interessante Tatsache, daß die Unternehmer des gesamten deutschen Holzgewerbes den Erfolg der Berliner Holzarbeiter mit Genugtuung begrüßen werden.

### Groß-Berlin

#### Der Verkehr der Zukunft.

Stadtrat Dr. Adler über die Entwicklung des Berliner Verkehrs.

Eine recht eingehende und interessante Besprechung über allgemeine Verkehrsfragen Groß-Berlins, zu der die Vertreter der Presse eingeladen waren, fand am Montag im Rathaus statt. Referent war Stadtbaurat Dr. Ing. Adler.

Der Vortragende leitete seine Ausführungen mit dem Wunsch ein, daß in allen wichtigen Verkehrsfragen ein

Zusammenarbeiten zwischen Verwaltung, Presse und Publikum platzgreifen möge. Alle Ratsschlüsse würden von der Verkehrsverwaltung gern entgegengenommen werden. Dann wendete sich der Redner den Fragen der Ausgestaltung des Berliner Verkehrs, insbesondere zunächst bei den Straßenbahnen zu.

Die Fahrpreise mußten erhöht werden, um das ungeheure Defizit zu beseitigen. Ferner mußten Verkehrsbeschränkungen zur inneren Ordnung des Unternehmens erfolgen. Durch eine umfangreiche Statistik und Kontrolle wurde geprüft, für welche Linien eine Einschränkung notwendig war und ohne schädigende Folgen für den Verkehr durchgeführt werden konnte. Durch neuzeitliche Ausbildung und dauernde Ueberwachung des Fahrpersonals wurde eine wesentliche Einschränkung des Stromverbrauchs erreicht. Ferner wurde durch eine Verminderung der Abnutzung von Gleisen und Wagen auch eine Verminderung der Betriebskosten erzielt. Durch alle diese und andere damit verbundenen technischen und wirtschaftlichen Maßnahmen sind die

#### 31 Millionen Mark herausgeholt

worden, die zum Gleisbau und zur Erhaltung der Wagen erforderlich sind. Die Instandhaltung der Wagen hat eine bedeutende Verminderung der Motorschäden bewirkt, deren Zahl im vorigen Jahre noch 150 betrug. Allein in Spandau konnten durch die erwähnten Maßnahmen 3 Millionen Mark mehr herausgewirtschaftet werden. Durch die technischen Arbeiten für die Berringerung des Stromverbrauchs und die Verbilligung des Stromerwerbes durch laute Leitungen sind 12 Millionen Mark an Strom erspart worden. Um den Sonntagsverkehr nicht zu belasten, ist von einer Erhöhung der Fahrpreise für den Sonntag abgesehen worden, obgleich die genaue Kontrolle die Unrentabilität mancher Strecken am Sonntag ergeben hat.

### Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

„Wenn das Fesseln sind, dann binden sie beide Teile, den Mann und die Frau,“ entgegnete Reiserer, „sie binden beide so fest zusammen, daß sie unloslich werden.“

„Das wäre richtig, wenn der Frau dann noch etwas bliebe außer ihrem Kind. Aber das Kind ist dann ihr Alles, ihr Leben, denn sie ist Mutter, während der Mann neben dem Kind noch recht viel hat, woran er hängt. . . Für die Mutter ist das Kind das Ausschließliche und Große.“

„Das, wovon wir einmal sprachen?“ fragte er.

Sie wurde rot und sah verkommen vor sich hin: „Bielleicht . . .“

Gegen Ende Mai trat dann das Ereignis ein, das erwartet wurde, und gegen Abend schrie die Stimme eines winzigen Kindeleins durch das Haus.

Die Mutter ruhte erschöpft auf ihrem Lager, aber ihre Wangen glühten, und eine ruhige Freude verklärte ihr Gesicht. Reiserer beugte sich über sie und küßte sie auf die Stirn, die feucht vom Schweiß war.

Die Hebamme bemühte sich um das Kind. Erst jetzt wandte sich Reiserer auch diesem zu. Es lag in den Betten wie verloren, ein Nichts, das schon wieder schlief, kaum daß es den Tag gesehen hatte. Es hatte die dunkelgelbe Farbe eines Chinesen, und sein Haar war wie unendlich zarte Seide.

Reiserer fuhr über das Gesicht des Kindes hin und erschrak vor dem Seidigen und Weißen, das er fühlte. Ein armes Tierchen, dachte er. Und er steckte den Kopf in die Betten und versuchte, das Geschöpfchen zu küssen. Aber die Hebamme sagte mißbilligend: „Nicht wecken!“

Da trat er wieder zu seiner Frau und setzte sich auf den Rand ihres Bettes. Er nahm ihre Hand, die fast durchsichtig war. „War es sehr schlimm?“ fragte er zärtlich.

„Ich weiß nicht. . . es war wie im Traum . . .“

„Du bist erschöpft, du mußt schlafen!“

„Ja, schlafen . . .“ und sie schloß schon die Augen, während er auf den Fußspitzen zurücktrat und lautlos die Tür hinter sich zufallen ließ.

Sie näherte ihr Töchterchen selbst, und soviel Schönes lag in dieser Handlung, daß Reiserer erschauerte.

Das Kind schlief, trank und schlief wieder. Manchmal schlug es in dem Bettchen die Augen auf, die schönen Augen seiner Mutter, und sein Blick schien verwundert zu suchen, was es nicht fand. Zuweilen schrie es auch, mit einer kräftigen Stimme, die trächte, anhaltend und eigensinnig, so daß die Hebamme lachte und sagte: „Ja, die Lunge, — die ist gut!“

Reiserer sah das Kind in der Wanne, wenn es gebadet wurde, er sah es im Stiefelchen liegen, sah, kaum daß es erwacht war, sein unblätzig suchendes Sich-wenden des Köpfchens und die triebhaften Saugbewegungen des kleinen Mundes, der immer bereit war, Nahrung zu fordern.

„Bist du glücklich?“ fragte er seine Frau.

„Ich bin anders,“ antwortete sie, „und ich glaube wohl, daß es das Glück ist . . .“

Lucie durfte das Bett verlassen und hatte bei den ersten Schritten eine sonderbare Empfindung. Sie war einer Bürde ledig, die sich gelöst hatte, und sie nahm nun eine neue Bürde auf sich, die noch sicher war, weil sie Leben hatte, — ihr eigenes Leben, dessen Bewußtsein sich in ihr unendlich gesteigert hatte.

Sie trug das Kind und sang leise Lieder dabei, sie betrachtete es in sich versunken, wenn es schlief, und ertrug die Unruhe ihrer Nächte mit geduldiger Freude.

„Wie hätte ich das gedacht,“ sagte ihr Mann zu ihr. „Immer sah ich dich als reise Frau, aber nie hätte ich eine Mutter in dir vermutet!“

„Ich bin es,“ entgegnete sie stolz, „ich bin nur Mutter.“

„Und ich? Bist du nicht mehr auch meine Geliebte?“

„Ich bin die Mutter deines Kindes . . .“ Und sie blickte zur Seite, während sie das sagte.

Nachdem einige Wochen vorüber waren, verlor sich allmählich das Neuartige des Ereignisses und der Alltag kehrte wieder in das Haus zurück. Der Hausstand war um ein Kindermädchen erhöht worden. Reiserer war wieder den vollen Tag über in der Fabrik, um abends todmüde und abgeheftet heimzukehren.

Das Kind wurde ihm zu einem gelegentlichen Spielzeug. Er kitzelte es gern am Kinn, und es machte ihm großen Spaß, wenn er hörte, wie es trächte. „Es lacht schon!“ rief er aus, um sich darauf sogleich wieder anderen Dingen zuzuwenden.

Das Kind erhielt bei der Taufe den Namen „Lucie“, Reiserer hatte darauf bestanden. Es gab auch diesmal keine Feier, außer bei den Dienstboten, die Geschenke erhalten hatten.

„Du,“ rief Reiserer eines Tages aus, „wo bleibt unsere Reife?“

„Ja, wo bleibt unsere Reife . . .“ sagte auch Lucie, aber während in seiner Stimme bei allem Scherz ein gewisser Mißmut durchdrang, empfand sie selbst eine große Zufriedenheit darüber, daß sie nicht reifen mußte.

„Du selbst mußt fort,“ sagte sie ehrlich zu ihm, „du brauchst sehr nötig einige Wochen Erholung.“

„Wo denkst du hin!“ widersprach er ihr empört.

„Aber es kam doch dahin, daß er sich die Sache überlegte und schließlich geneigt war, eine Reife zu machen. „Eine ganz kleine Reife, etwa ins Riesengebirge.“

Er hatte sich diese Reife verdient, denn das, was er in seiner Fabrik geleistet hatte, ging hart bis an die Grenze dessen, hinter der dann ein jeder Mensch versagt.

Trotz der ungeheuren Ausgaben, die besonders zu Anfang hatten gemacht werden müssen und die viele Hunderttausende betrug, mußte das laufende Geschäftsjahr schon, wie aus den Büchern zu ersehen war, mit einem ansehnlichen Gewinn abschließen.

Selbst Leute, die Reiserer feind waren, — und alle waren ihm feind, — bewunderten die Fähigkeit, mit der er sich durchgesetzt hatte. Sein Betrieb war nahe daran, sich in die Reihe der ersten der Branche zu stellen. Was das hieß, konnte nur der ermessen, der die Schwierigkeiten konnte, die sich jedem, der Reuling war auf diesem Gebiete, entgegenstellten. Von mancher Seite war ihm ein Fehlschlagen prophezeit worden. Jetzt glaubte ein jeder an den Erfolg.

„Ich kann mich jetzt entlasten,“ sagte Reiserer ohne jede Ueberhebung, „der Karren läuft allein. Das, was zu machen ist, machen meine Leute, vor allem mein tüchtiger Direktor.“

Das letztere sagte er nicht ohne Hohn, denn es war ihm eine Genugtuung, daß er auch diesem Mann gezeigt hatte, wer er war.

Das Benehmen des Direktors ihm gegenüber hatte sich völlig gewandelt, dieser verhehlte die Bewunderung nicht, die er seinem Chef zollte. Er war nicht mehr referiert, sondern auch seine Höflichkeit hatte den Zwang erhalten, die Lucie an den Angestellten Reiserers vor Jahr und Tag aufzufallen war, nur daß dieser Zwang hier nicht von außen, sondern von innen kam, denn es war etwas in der Persönlichkeit Reiserers, das es liebte, sich gegen Widerstände durchzusetzen.

(Fortf. folgt.)

Für den Herbst sind bereits wesentliche

### Verbesserungen des Straßenbahnverkehrs

In Aussicht genommen worden. Für den Ausbau der Weite hat sich die Pflasterung zwischen und an den Seiten der Schienen haltbarer erweisen als ihre Einbettung in Asphaltmasse. Die Unterhaltungskosten sind bei der Pflasterung um den dritten Teil geringer. Die älteren Wagen, sogenannte Schaufelwagen, deren Achsen nicht weit genug voneinander angebracht sind, werden umgebaut und damit verkehrsfähig gemacht. In Amerika sind

### Schaffenslose Wagen

bereits gang und gäbe. Auch hier werden wir zu Versuchen mit solchen Wagen schreiten müssen. Die Fahrkräfte müssen vorn einsteigen und die Zahlung wird vom Fahrer durch einen Druck auf den angebrachten Hebel registriert. Die Fahrer erhalten für ihre Tätigkeit höhere Löhne.

Ferner sind Versuche mit

### gleislosen Straßenbahnwagen

In Aussicht genommen. Der Anschluss dieser Linien ist an das bestehende Straßenbahnnetz gedacht. In Amerika sind mit solchen Linien glänzende Ergebnisse erreicht worden. Beim heutigen Gleisbau stellen sich die Kosten auf etwa eine halbe Million für das Kilometer, sie würden für die gleiche Strecke ungefähr 120 000 M. bei gleislosem Wagenverkehr betragen.

Der Umfängerichter soll eine Erleichterung für das Publikum sein. Die für ihn gegebenen Anordnungen sind aber noch nicht genügend verstanden worden. Es sollen auch hier noch Möglichkeiten für die Fahrkräfte noch Erleichterungen geschaffen werden. Die zurzeit geltenden Bestimmungen sollen demnächst in leichtverständlicher Besart auf den Fahrscheinen bekanntgemacht werden.

### Die Reklame

in und an den Wagen sowie auf den Fahrscheinen ist als eine gute Einnahmequelle anzusehen. Man sollte jedoch — so meinte der Redner — mehr Gewicht auf eine geschmackvoll ausgeführte Reklame legen, die sicher noch mehr Beachtung finden würde. Hinsichtlich einer guten Reklame an den Haltestellen sei zu bemerken, daß man hierbei noch verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden habe. Die aufzuhängenden Säulen oder Dreiecke sind vornehmlich bestimmt, die Linien und Fahrzeiten anzugeben.

Die Güterbeförderung bringe heute schon eine bedeutende Einnahme, und es müsse alles geschehen, was zur Vermehrung der Einnahmen dienen könne. Namentlich sei auf den Anschluss der Fabriken hinzuwirken.

Auch der

### Omnibusverkehr

müsse wieder neu belebt werden. Für die Erweiterung bzw. Wiederaufnahme dieses Verkehrs komme nur der Autoomnibus in Frage. Als nächste dürfte die schon bestehende Moabiter Linie wieder aufgenommen werden. Die Erleichterung der Konzeption bereite viel Schwierigkeiten, weil die Behörden für den Potsdamer Platz kein weiteres Verkehrsmittel zulassen wolle. Es dürfte sich aber wohl eine Ablenkung ermöglichen lassen.

Verhandlungen zur

### Erwerbung der Schnellbahnen

haben zwar stattgefunden, sind aber nicht fortgesetzt worden. Hoffentlich werde die Vervollendung der Nord-Südbahn, wenigstens die eines Teiles dieser Schnellbahn, nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Linie Gesundbrunnen—Reuzbühl werde von der Gesellschaft vorläufig nicht weiter ausgebaut.

Schließlich bemerkte Stadtbaurat Dr. Adler noch, daß eine Interessengemeinschaft zwischen den verschiedenen Verkehrsunternehmungen angeregt worden sei, um die Ausführung schwebender Verkehrsprojekte in die Wege zu leiten. Auch mit der Frage einer Einfügung der Schnellbahnen in die Stadtbahn habe man sich schon beschäftigt. Durch die verschiedenen Gleisweiten gestalte sich die Lösung dieser Frage zu einer sehr schwierigen. Zweifellos müsse man aber zur Hebung des Verkehrs dahin streben, daß endlich auch die Möglichkeit geschaffen werde, schnell und bequem von einer Bahn in die andere überzustiegen.

Nach dem Vortrag wurden vom Referenten noch verschiedene auf den Verkehr bezügliche Fragen beantwortet.

### Der Unfall des Berliner Ferienzuges.

Der Unfall des D-Zuges Sahnig—Berlin, über den wir kurz im gestrigen Abendblatt berichteten, ist zurzeit noch nicht aufgeklärt. Die Entgleisung geschah kurz hinter dem Bahnhof Angermünde, wo aus noch nicht ermittelter Ursache ein Wagen aus den Schienen sprang, die nachfolgenden Wagen mit sich riß und zum Umstürzen brachte. Wie es heißt, soll der Lokomotivführer die vorgeschriebene Geschwindigkeit überschritten haben, doch wird auch die Möglichkeit eines Achsenbruchs nicht von der Hand gewiesen.

Die Verletzten sind fast ausnahmslos Berliner, die sich auf der Heimfahrt vom Sommeraufenthalt in den Disebädern befinden. Einem glücklichen Umstande ist es zu verdanken, daß die Verletzungen nicht allzu schwere Natur sind. Es handelt sich in sechs Fällen um Arm- und Beinbrüche, während der weitaus größte Teil der Verletzten mit leichteren Kontusionen davonkam. Die im Angermünder Krankenhaus liegenden Verletzten sind: Heinrich Rehner, Berlin, Werneuchener Straße 15; Stadtreisior Emil Hoppe, Berlin-Schöneberg, Schulrat Dr. Lorenz, Berlin-Viktoriafelde; Dr. Conert, Greifswald und Sukrow, Berlin-Charlottenburg. Die Verunglückten haben größtenteils Arm- und Kopfwunden davongetragen. Ihr Befinden gibt jedoch zu Bedenken keinen Anlass. Nach den Aussagen zahlreicher Fahrgäste des entgleisten Zuges hatte die außerordentlich hohe Geschwindigkeit, die der Lokomotivführer wegen Verspätung seines Zuges angebracht hatte, unter den Insassen große Aufregung hervorgerufen. Die sofort eingeleitete Untersuchung dürfte näheres über die Ursache der Entgleisung ergeben.

### Zum Leichenfund in Buchholz.

Unter der Epithete „Erschlagen und verbrannt“ berichteten wir am Freitag von einem Mord in Buchholz bei Fürstentum; dort habe man in einer abgebrannten Scheune die Leiche einer weiblichen Person gefunden. Man vermutete in der Toten eine gewisse Verta Thamm aus Schöneberg und nahm an, daß sie von ihrem Geliebten, einem Schauspieler, ermordet worden sei.

Das Verschwinden des jungen Mädchens hat jetzt eine andere Klärung gefunden. Fräulein Thamm hat sich gestern selbst bei der Kriminalpolizei gemeldet und dort mitgeteilt, daß sie ihrem Geliebten freiwillig gefolgt sei. Sie habe, als ihre Eltern sie mit nach Briesen genommen hätten, geschrieben, daß sie sich dort aufhalte. Daraufhin sei dann Fuhs zu ihr gekommen. An dem fraglichen Abend habe sie das Haus verlassen, um sich mit ihm wieder zu vereinigen. Beide hätten dann den Weg nach Frankfurt a. d. O. eingeschlagen und schließlich bei einem Gastwirt in Boien Unterkunft gefunden. Dort sei sie geblieben, während Fuhs nach Frankfurt a. d. O. übergegangen sei und dort Beschäftigung angenommen habe. Dort las er dann die Nachricht, daß er verdächtigt würde, seine Braut umgebracht zu haben. Er überbrachte ihr diese Meldung, und sie machte sich sofort auf den Weg nach Berlin.

Wer die Tote, die in der abgebrannten Scheune in Buchholz gefunden wurde, jetzt ist, steht noch nicht fest. Es besteht aber die Vermutung, daß es sich um die Leiche der seit dem 17. d. M. unter verdächtigen Umständen verschwundenen Ehefrau Anna Jacoby aus der Fennstraße 55 handelt, deren Ehemann bereits unter dem dringenden Verdacht, seine Frau ermordet zu haben, von der Kriminalpolizei festgenommen worden ist.

### Kennbahnnepp in der Friedrichstraße.

#### Wettbewerb der Kurbelstecher.

Ob Glücksspiel oder Geschicklichkeitsspiel? das war die Frage, die die Ferienstrafkammer des Landgerichts I mehrere Stunden hindurch beschäftigte.

Der Kaufmann Karl Lewandowski hatte seinerzeit im Café Kerkau eine Wettstätte für Sportinteressenten eingerichtet, die Gelegenheitsfanden, ein Pferdennen im begrenzten Raum zu genießen und ihrer Weisheit zu fröhnen. Dieses „Siegwart“-Wettrennen spielte sich auf einer großen, mit verschiedenen nummerierten Jockeyfiguren auf Pferdchen besetzten Tafel ab. Für jedes Pferd steht ein Mann in Jockeytracht zur Verfügung und die zahlreichen „Tribünenbesucher“ suchten sich dann einen Jockey aus, dem sie ihr Vertrauen glauben schenken zu dürfen und dem sie zumeist auch das Drehen der Kurbel überlassen. Es ist aber auch jedermann freigestellt, das Drehen selbst zu übernehmen. Das Geschäft blühte sehr, die Polizei machte aber diesem Pferdennenrennen ein Ende, indem sie die Sache als Glücksspiel ansah und deshalb den ganzen Apparat beschlagnahmte. Es erfolgte aber bald wieder die Freigabe, und nun eröffnete der Angeklagte in der Friedrichstraße eine neue „Kennbahn“, auf der sich wieder täglich die „Tribünenbesucher“ drängten und große Wettschmotten zu verzeichnen waren. Die Polizei trat aber wiederum als Störenfried dazwischen, und es wurde nun die Anklage wegen Glücksspiels erhoben. Der Staatsanwalt hielt ein solches für vorliegend, da nach dem Gutachten des Kriminalinspektors von Mantzkeff und des Kriminalkommissars Koeppen ein Geschicklichkeitsspiel vorliegen würde, wenn das Drehen der Kurbel von dem Wettenden selbst ausgeführt würde, während tatsächlich fast stets nur die bedienenden Jockeys in Aktion traten. Da der Angeklagte Riesengewinne aus dem Spiel bezogen haben müsse, da er allein täglich 400 M. Wette zahlte, beantragte der Staatsanwalt 1 Monat Gefängnis und 50 000 M. Geldstrafe. Der Verteidiger führte dagegen die Auslage mehrerer Zeugen ins Feld, die bekundeten, daß es bei dem Drehen der Kurbeln ausschließlich auf Geschicklichkeit und Nervenfähigkeit ankomme, und er beantragte daher die Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof sprach denn auch den Angeklagten frei.

Ob Geschicklichkeitsspiel oder nicht, auf jeden Fall sind die Gremien die zum großen Teil noch sehr jugendlichen Wettler, zu deren Schutz dergleichen höchst überflüssige Unterhaltungsstätten schleunigst verboten werden müßten.

### 150 000 Liter Milch pro Tag weniger.

Der Rückgang der Milchzufuhr nach Groß-Berlin in den letzten drei Wochen beträgt nach der Mitteilung des Milchamtes Berlin annähernd 150 000 Liter pro Tag. Die Dürre und der starke Milchverbrauch auf dem Lande während der Ernte hat diesen Abbruch gebracht. Auf der anderen Seite sind die Futterpreise derart gestiegen, daß die Molkereien und sonstigen Lieferanten zum Teil von der Frischmilchlieferung zur Verhütung übergehen.

Es wirkt äußerst befremdend, daß eine Korrespondenz angeklagt dieser elementaren Vorgänge eine Mißachtung des Milchamtes konstatiert. Zwar wird das Milchamt nicht für die Dürre selbst und die Steigerung der Futterpreise verantwortlich gemacht. Aber es wird behauptet, das Milchamt habe vor Realisierungen vor dem 1. August d. J. gewarnt. Daran ist nicht weiter wahr, als daß auf Aufforderung maßgebender landwirtschaftlicher Vertreter in einer Verhandlung Ende Juni das Milchamt angeklagt der damals sehr starken Milchzufuhr Veranlassung nahm, die Händler zu ermahnen, zwar Abzweigungen zu tätigen, aber Realisierungen nicht vor dem 1. August zur Durchführung zu bringen, eine Hemmung, die schon nach 14 Tagen wieder aufgehoben wurde.

### Erste Sitzung der Ersatz-Stadtoberordnetenversammlung.

Die Rotverordnung zur Sicherung der Geschäfte der Berliner Staboberordnetenversammlung und der Bezirksversammlungen ist gestern (Montag) in der Preussischen Gesetzsammlung amtlich veröffentlicht worden und hat damit Rechtskraft erlangt. Infolgedessen sind gestern sofort von Bürgermeister Ritter in Vertretung des beurlaubten Oberbürgermeisters die Einladungen zur ersten Sitzung der einstufigen Staboberordnetenversammlung am nächsten Donnerstag, den 4. d. M., nachmittags 5 Uhr, ergangen. Die Sitzung wird mit einer Erklärung des Bürgermeisters Ritter eröffnet werden. An der Spitze der umfangreichen, etwa 60 Punkte zählenden Tagesordnung steht die Neuwahl des Vorstandes und der Beisitzer. Hierzu werden die Fraktionen noch Stellung nehmen; doch ist es, wie wir hören, wahrscheinlich, daß der bisherige Vorstand der Versammlung wiedergewählt wird. Von den weiter zu erledigenden Angelegenheiten ist die Zustimmung zu den Wohnerbühungen für die städtischen Gutsarbeiter, die der Magistrat beantragt, von besonderer Bedeutung.

### Die Notstandstarife für Zeikarten.

Wie im Fernverkehr treten auch im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr vom 1. September ab neue ermäßigte Preise bis auf weiteres in Kraft. Nachdem nunmehr der Reichsverkehrsminister die neuen Sätze genehmigt hat, werden sich im Vorortverkehr die Preise der Monatskarten um 20 Proz. ermäßigen.

Der Mindestfahrpreis für die Monatskarte 3. Klasse wird sich danach auf 20 M. stellen; die Monatskarte 2. Klasse, die heute 40 M. kostet, wird ab 1. September 32 M. kosten. Eine wesentlich höhere Ermäßigung wird in bezug auf die Preise der Wochenkarten eintreten. Bisher ergab sich der Preis für die Wochenkarte dadurch, daß der Preis für die Monatskarte durch 3 geteilt wurde. Der Notstandstarif, der zum 1. September eingeführt werden soll, sieht für die Berechnung des Preises eine andere Grundlage vor. Der neue, um 20 Proz. ermäßigte Satz der Monatskarte der entsprechenden Strecke wird durch 4 geteilt und ergibt den neuen Preis der Wochenkarte. Die Wochenkarte für die Mindestentfernung, die bisher 8,50 M. kostete, wird vom 1. d. M. ab also nur noch 5 M. kosten. Ebenso wie die Monats- und Wochenkarten werden auch die Schülermonatskarten um 20 Proz. im Preise heruntergesetzt. Die Schülermonatskarte 2. Klasse für die Mindestentfernung wird 16 M., in der 3. Klasse 10 M. kosten.

Die Eisenbahn führt in Anerkennung der wirtschaftlichen Not besondere Notstandstarife ein, d. h. der Staat entzieht sich seiner Pflicht nicht. Wie lange aber soll es dauern, daß Agrarier, Industrielle und Großhändler ungefragt das Recht haben sollen, dem Volk Wucherpreise zu diktieren?

Vom Ferienfernerverkehr. In den Hauptreisezeiten (7. bis 13. Juli) wurden auf allen Berliner Fernbahnhöfen einschließlich des Verkaufes von Fahrkarten in den Reisebüros zusammen verkauft 431 535 Fahrkarten des Fernverkehrs (gegen 400 781 Fahrkarten im Vorjahr.) Gegen das Vorjahr ist also eine Abnahme um 29 246 Fahrkarten eingetreten, die etwa 0,5 vom Hundert beträgt. Zu berücksichtigen ist bei dieser Zahl allerdings, daß die Fahrkarten zu ermäßigten Preisen, die für die Ferienländerzüge auf den einzelnen Bahnhöfen verkauft worden sind, in diese Zahl nicht eingerechnet sind. Den größten Fahrkartenerverkauf hatte in diesem Jahre nicht wie sonst der Stettiner Bahnhof, sondern der Silesische Bahnhof, der mit 86 762 Fahrkarten (gegen 51 299 i. V.) an der Spitze steht. Auf dem Stettiner Bahnhof wurden verkauft 78 973 (gegen 131 582) Fahrkarten, dann folgen Anhalter Bahnhof mit 58 049 (gegen 57 444) Fahrkarten, Lehrter Bahnhof mit 43 840 gegen 40 518 Fahrkarten, Potsdamer Bahnhof mit 24 000 und Gericke Bahnhof mit 22 457 Fahrkarten. Die Hauptbeförderung von Reisenden—fast in diesem Jahre nicht auf allen Bahnhöfen gleichmäßig auf den Tag nach Schulabschluss, sondern sie verteilt sich, so war der Hauptandrang auf dem Schlesischen Bahnhof am 11. Juli 20 856 Reisende), als zweifelhafte Reisezeit der 10. Juli mit 19 187 Reisenden, während auf dem Stettiner Bahnhof

am 9. 14 345 Reisende, am 8. Juli 12 980 Reisende abgefertigt wurden.

Falsche Gerüchte über Beamtenbestechungen bildeten die Grundlage eines Verleumdungsprozesses, der gestern das Schöffengericht beschäftigte. Angeklagt war der Kellner Hermann Langner. — Seit einiger Zeit kurlieren in den Kreisen der Gasthausangehörigen allerlei dunkle Gerüchte, daß man nur dann eine Stellung durch den Arbeitsnachweis bekommen könne, wenn man dort etwas „nachhelfe“. Hierbei wurde die bekannte reibende Bewegung zwischen Zeigefinger und Daumen gemacht. Diese an sich unkontrollierbaren Gerüchte nahmen schließlich eine festere Gestalt an, indem der jetzige Angeklagte die Versicherung fallen ließ, der Kellner Franz Töller habe die Stellung in der Hobe-Bar nur erhalten, weil er 1000 Mark an die Beamten des Arbeitsnachweises gezahlt habe. Auf Wunsch der Beamten des Arbeitsnachweises erlittete L. Anzeige wegen Verleumdung, da er durch jene Versicherung einer unlauteren Handlungsweise, der Beamtenbestechung, beschuldigt wurde. Zu der gestrigen Verhandlung waren die Beamten des Arbeitsnachweises geladen zum Beweise dafür, daß es sich um völlig aus der Luft gegriffene Behauptungen handle, die jeder Grundlage entbehren. Die in Frage kommenden Beamten erklärten auch unter ihrem Eid, daß keinerlei Gelder bezahlt worden seien. Das Gericht bemah die Geldstrafe deshalb auf nur 200 Mark, da der Angeklagte zurzeit arbeitslos ist und auch durch diesen geringen Betrag schon empfindlich getroffen wird.

Zu der beabsichtigten Verlegung der lungenkranken Frauen in die alte Männerheilstätte Buch teilt das Gesundheitsamt ergänzend folgendes mit: Die dort befindlichen schwerkranken Insassen werden in die städtischen Krankenhäuser verlegt. Diejenigen lungenkranken Männer, deren Kur einer längeren Fortsetzung bedarf, werden in Privatanstalten untergebracht. Die Verhütung lungenkranker Männer in Heilstätten wird durch die erwähnten Maßnahmen nicht unterbrochen werden. Auf alle Fälle wird dafür gesorgt, daß die Kur der bisher in der Männerheilstätte Buch untergebrachten Kranken in sachgemäßer Weise fortgesetzt wird.

Linienumstellungen bei der Straßenbahn. Wegen Gleisbauarbeiten in der Andreasstraße, Ede Wreslauer Straße, werden am 1., 2., 8. und 9. August abends folgende Umleitungen vorgenommen: Die Wagen der Linien 1, 2, 3 und 6 verkehren am 1. August nach 11 Uhr abends und am 8. August nach 10 Uhr abends in beiden Richtungen über Brückenstraße, Holzmarktstraße, Markuststraße, Grüner Weg. Die Wagen der Linien 1, 2 und 3 verkehren am 2. und 9. August nach 11 Uhr abends über Brückenstraße, Holzmarktstraße, Wreslauer Straße. Die Wagen der Linien 22 und 46 verkehren am 1., 2. und 9. August nach 11 Uhr abends, am 8. August nach 10 Uhr abends in beiden Richtungen über Epenider Straße, Brückenstraße, Alexanderstraße. Die Wagen der Linie 34 verkehren am 1. August nach 11 Uhr abends, am 8. August nach 10 Uhr abends nur zwischen Schleißer Bahnhof und Epenid.

Ein Kladderjast. Das Bezirksamt IV (Brenzlauer Berg) veranstaltet vom Donnerstag, den 4., bis Sonntag, den 7. d. M., an jedem Nachmittage ein Kladderjast auf dem Egerzingerplatz Schönhauser Allee. Abmarsch mit Musik an jedem Tage um 2 1/2 Uhr nachmittags von der Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee.

Ein öffentliches Konzert im Kleistpark (alter Botanischer Garten in der Potsdamer Straße) veranstaltet der Männergesangsverein Liedertafel Berlin West (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Chorleiter Fritz Stempel) heute (Dienstag) abend 7 Uhr.

Der 13. Esperanto-Weltkongress wurde in Prag unter starker Beteiligung eröffnet. Nach Begrüßungsreden von Vertretern der Tschechisch-slowakischen Republik und der Stadt Prag sprachen Vertreter verschiedener Regierungen und Nationen und auch der Generalsekretär des Völkerbundes.

### Groß-Berliner Parteinahrichten.

Heute, Dienstag, den 2. August:

74. Abt. Lehndorf. Abends 8 Uhr bei Witten, Potsdamer Str. 2, Funktionärssitzung.

Morgen, Mittwoch, den 3. August:

- 3. Abt. Weidling. 7 Uhr bei Kerstin, Poststr. 60, Sitzung Amtlicher Delegierten zum Bezirkstag.
- 16. Abt. 7 1/2 Uhr bei Schuder, Adlersborfer Str. 3, Funktionärsitzung mit Parteiziele- und Vertrauensmännern. Die Mitglieder der Zeitungskommission eine halbe Stunde früher bestellt.
- 20. Abt. 7 Uhr bei E. Carl, Wilschstr. 60, Abteilungsleiter, Bezirksführer, nicht Seifer, Kreisbeauftragte, Vertrauensmännern. Sitzung: Stellungnahme zu den Staboberordnetenwahlen, Aufstellung der Kandidaten. Geheime aller Funktionäre unbedingt erforderlich.
- 76. Abt. Weidling. 8 Uhr Zusammenkunft bei Schilling, Königin-Luise-Str. 42, wichtige Tagesordnung. Regale Teilnahme notwendig.
- 82. Abt. Weidling. Zusammenkunft in folgenden Lokalen: 30. und 37. Bez. bei Weiger, Treptower Str. 23. — 34. Bez. bei Ruppelt, Kaiser-Friedrich-Str. 171. — 38. Abt. 88. Bez. bei Hoffmann, Herzbergstr. 24. — 52. Bez. bei Putzner, Kaiser-Friedrich-Str. 143. — 93. und 97. Bez. bei Amelungen, Schwarzenbergstr. — 84. Bez. bei Gängel, Rantzowstr. 1. — 85. Bez. bei Buhle, Schönweidstr. 5. — 96. und 98. Bez. bei Schmidt, Sauerstr. 20. — 99. Bez. bei Brandt, Thälkingstr. 22. Stellungnahme zu den Staboberordnetenwahlen. — 95. Abt. 7 1/2 Uhr bei Bräuer, Lehndorf, 9. Ede Ruppstr., wichtige Funktionärsitzung. Erklären aller Funktionäre, Bezirksführer, Gruppenführer, Vertrauensleute und der weiblichen Funktionäre unbedingt notwendig.

### Frauenveranstaltungen:

81. Abt. Friesenau. Frauenausflug mit Kindern nach dem Walde bei Dahlem (nahe dem Rest. Waldsiedler). Abmarsch 3 Uhr vom Friedrich-Wilhelm-Platz vor dem Haupteingang der Kirche. Gäste willkommen.

### Jugendveranstaltungen.

Dienstag, den 2. August:

Rieserbachhansen. Schule Monteburg Str. 60/70, Vortrag: „Die Bedeutung der modernen Kunst für die Beschäftigten“. — Rosenhain, Waldstr. 2, Streitherr Str. 414, Müllersberg-Versammlung. — Schöneberg L. Jugendheim, Ruhens, Ede Hauptstraße, Vortrag: „Der Internationale Jugendtag in Bielefeld“.

### Filmschau.

Der Sportplatz hat in seinen Spielplan „Die Jagd nach dem Glück“, ein symbolisches Filmpiel, aufgenommen, das in ansprechenden Bildern den Auf- und Abstieg eines begabten Ingenieurs zum Vorwurf hat. Die Katastrophenszene, die dem auf der Höhe seines Strebens angelangten Erfinder ein jähes, tragisches Ende macht, erinnert lebhaft an Björnsons 2. Teil von „Mein letzter Kampf“. Außerdem bot der Spielplan ein ansonsten selten reiches Lustspiel: „Ein kleiner Erzkönig“.

### Sport.

Kopenhagen, 31. Juli. Bei dem heutigen Kampf um die Rad-Weltmeisterschaft für Amateure auf einer Strecke von einem Kilometer siegte Prast Andersen (Dänemark) und wurde somit Weltmeister für 1921. Zweiter und Dritter wurden gleichfalls Dänen.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

„F. Schwimmer“ Charlottenburg, Dienstag, den 2. August, abends 7 Uhr, außerordentliche Generalversammlung bei Wöhne, Schloßstr. 45. Wegen nochmaliger Verhandlung der Beitragsfrage ist das Gelingen eines jeden unbedingt erforderlich.

Waldes-Expositionen-Bund, Monatsversammlung, Dienstag, den 2. August, im Sordien-Saal, Weinmeisterstraße.

### Briefkasten der Redaktion.

M. N. 206. Wenden Sie sich an das Städt. Bezirksamt, Oranienburger Straße 55.

# Wirtschaft

## Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken über 5 Hektar.

Durch die Bundesratsverordnung vom 15. März 1918 ist jede Uebertragung eines Grundstücks von über 5 Hektar Größe der behördlichen Genehmigung unterworfen. Genehmigungsbehörden sind in Preußen die Landräte (in Stadtkreisen die Bürgermeister). Ueber den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken über 5 Hektar Größe in der Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 30. September 1920, soweit er zur Kenntnis der Genehmigungsbehörden gelangt ist, hat das Landwirtschaftsministerium (oben eine Uebersicht auf Grund der ihm von den Regierungspräsidenten eingereichten Nachweisungen veröffentlicht. Aus dieser Uebersicht ergibt sich, daß in der Provinz Preußen, insbesondere in Regierungsbezirk Allenstein, die Zahl der Genehmigungsanträge am größten ist, nämlich 5287, die sich auf eine Gesamtfläche von über 145 000 Hektar erstrecken. Auf Güter von über 100 Hektar entfallen 303 Anträge. Von der Gesamtfläche der Provinz haben dem Genehmigungsverfahren etwa 4,3 Proz. unterlegen.

In Mittel- und Westdeutschland sind noch der Nachweisung die Genehmigungsbehörden viel weniger in Anspruch genommen worden. So in der Provinz Sachsen nur mit 703 Anträgen, 23 000 Hektar Fläche umfassend und in 47 Fällen Güter über 100 Hektar betreuend; dem Genehmigungsverfahren hat in dieser Provinz nur 2,4 Proz. der Gesamtfläche unterlegen. In der Provinz Hannover sind nur 948 Genehmigungsanträge, 25 000 Hektar Fläche umfassend, mit nur 0,72 Proz. der Gesamtfläche der Provinz, gestellt worden. In der Rheinprovinz, allerdings ohne die Regierungsbezirke Trier und Koblenz, wurden nur 177 Anträge für eine Gesamtfläche von weniger als 3000 Hektar, nur 0,15 Proz. der Gesamtfläche der Provinz umfassend gestellt, wobei nur in zwei Fällen Bestellungen in Größe von mehr als 100 Hektar vorkamen.

## Die Hausfrauen und ihre Hausmarke.

Die meisten Hausfrauen denken immer noch zu wenig daran, daß die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg eine Reihe von Waren in eigenen Fabriken herstellt, um die Mitglieder der Konsumvereine preiswert und gut beliefern zu können. Je mehr nun aber alle Mitglieder der Konsumvereine dafür sorgen, daß in ihrem Haushalt nur Waren Verwendung finden, die von der Großeinkaufsgesellschaft stammen, um so mehr nutzen sie sich selbst. Sie sorgen durch ihren Verbrauch für eine erhöhte Produktion und steigern damit die Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit der genossenschaftlichen Eigenbetriebe. Hausfrauen, denkt daran, daß die Großeinkaufsgesellschaft Teigwaren, Schokoladen und Zuckersorten, Büchsenwaren, Jähnhölzer, Konfektionswaren, Seifen und Waschlauge in eigenen Fabriken nur für die Mitglieder der Vereine herstellt. Erinnert eure Männer immer daran, daß die Großeinkaufsgesellschaft auch Zigaretten, Zigaretten, Kautabak und Kautabakfabriken hat, die mit ihren Fabrikaten allen Ansprüchen genügen können. Macht euch frei von allen unbegründeten Vorurteilen. Seid bewußte, zielbewußte Genossenschaftler! Sorgt für die Weiterentwicklung eigener genossenschaftlicher Betriebe. Verlangt in eurem Verein immer nur Waren mit der Marke GGO!

## Rund 10 Millionen Ballen Baumwolle dies Jahr unverkäuflich.

(F. S. S.) Die Weltproduktion an Baumwolle wird vom Marktamt der Vereinigten Staaten für das laufende Jahr auf 19 595 000 Ballen zu je 500 Pfund geschätzt. Davon entfallen auf die verschiedenen Länder:

Ver. Staaten . . .	13 380 000	Brazilien . . . . .	100 000
Indien . . . . .	2 970 000	Peru . . . . .	185 000
Japan . . . . .	1 251 000	Peru . . . . .	157 000
China . . . . .	1 000 000	Uebrige Länder . . .	400 000
Rußland . . . . .	180 000		

Diesem Gesamttragnis von rund 20 Mill. Ballen steht für das Vorjahr die Zahl von 17 064 000 gegenüber, für 1919 die von 16 982 000 und für 1918 die von 16 786 000 Ballen.

Seit Kriegsbeginn ist der Konsum wesentlich stärker gesunken als die Produktion, und diese Erscheinung ist natürlich in erster Linie verantwortlich für das unaufhörliche Sinken des Preises, der für dieses Erntejahr pro Pfund über 20 Cent weniger beträgt als im Vorjahr. Für das laufende Jahr wird der voraussichtliche Weltbedarf an Baumwolle von den Handelsautoritäten auf 16 Millionen Ballen geschätzt — eine wahrscheinlich noch zu optimistische Ziffer.

Mit den unverkaufen Vorräten des Vorjahres ergibt das für 1921 einen Ueberchuß von rund 10 Millionen Ballen.

Während die amerikanische Baumwollausfuhr dieses Jahr im ganzen hinter der des Vorjahres zurückbleibt, ist die Baumwoll-einfuhr des kontinentalen Europas heuer um rund 25 Proz. höher als 1920.

## Erfolgreiche Braunkohlenbohrungen im Kreise Calbe.

Die im Kreise Calbe seit Dezember des Vorjahres durchgeführten Bohrungen haben dem „Stadt- und Landboten“, Calbe, zufolge, ein Kohlenflöz in gleichmäßiger Mächtigkeit von 10 1/2 Metern ergeben. Das Flöz erstreckt sich nach dem Ergebnis der bisherigen Bohrungen über eine Fläche von vier Quadratkilometern. Die Kohle ist von bester Beschaffenheit. Da das Deutgebirge gut und das Flöz ganz horizontal gelagert ist, dürfte der Abbau keine Schwierigkeiten bereiten. Der Kreis gedankt die Ausbeutung des Kohlenfeldes selbst in die Hand zu nehmen. Neben der Verwertung der Kohle für Hausbrand und industrielle Zwecke schweben bereits Verhandlungen über die Errichtung eines großen Kraftwerkes. Die Schachtanlagen können dicht am Bahnhof Calbe errichtet werden.

Saarkohlen für die Pfalz. Zwecks Besserung der durch den Ausfall des oberschlesischen Imports sowie der Ruhr-Ueberschichten in Bedrängnis geratenen pfälzischen Industrie verhandelt die Zweigstelle Ludwigsbafens der bayerischen Landeskohlenstelle zurzeit mit der französischen Regierung. Es soll mit 40 Proz. deutschem und 60 Proz. französischem Kapital eine Gesellschaft gegründet werden, welche die Einfuhr der Saarkohlen ins West fest. Auf solche bequeme Weise erlangen die Franzosen einen ständig wachsenden Einfluß auf die Saar-Industrie, womit der Zweck der Sanktionen und sonstigen Bedrückungen immer mehr erreicht wird.

Aufhebung der Handelsverträge. Wie der „Neue Politische Tagesdienst“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, dürften alle Verordnungen, durch die der Handel mit Lebens- und Futtermitteln sowie mit Tabakwaren unter Konzessionszwang gestellt ist, in Kürze aufgehoben werden. Dagegen wird noch erwogen, ob man für den Handel mit Wein und Spirituosen gewisse Beschränkungen bestehen lassen soll.

Bei der Bedeutung, die dieser Meldung innewohnt, geben wir sie unter allem Vorbehalt wieder. Es ist aber zu hoffen, daß es sich die zuständigen Stellen doch sehr wohl überlegen werden, ehe sie sich durch eine so schwerwiegende Maßnahme selbst der Möglichkeit berauben, das im Kriege großgezüchtete Schieber- und Wucherertum wenigstens einigermaßen zu überwachen.

Ein neuer Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie. (Ill.) Der neue 12 000-Tonnen-Dampfer „Württemberg“ der Hamburg-Amerika-Linie wird am Freitag in Begleitung bei Bremen vom Stapel laufen. Aus diesem Anlaß hat der württembergische Staatspräsident an die Hamburg-Amerika-Linie ein Telegramm geschickt, in dem er dem Wunsche Ausdruck gibt, daß der neue Dampfer auf dem Ocean Zeugnis ablegen möge für die untrennbare Verbindung von Nord und Süd.

Der Burbacher Hüttenkonzern im Ausland. Zwecks Schöpfung einer überseeischen Verkaufsanstalt entsandte der Burbacher Hüttenkonzern den Londoner Filialleiter Gieseler nach Indien; demnächst folgt eine Reise des Luxemburger Direktors Krend nach China.

## Aus der Partei.

### Achtung, Parteiredaktionen!

Eine Konferenz von Redakteuren und Geschäftsführern der Parteipresse beschloß am Sonntag in Bielefeld im Sinne einer jüngst an die Parteizeitungen versandten Denkschrift, den Ausbau des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes zu einem genossenschaftlichen Unternehmen, das möglichst bald die gesamte sozialdemokratische Presse informieren soll. Da der größte Teil der sozialdemokratischen Zeitungen bereits den Anschluß vollzogen oder erklärt hat, so ist die Entwicklung dieses sozialdemokratischen Telegraphen- und Korrespondenzbureaus gesichert. Zur schnelleren Organisation und Erledigung der in Bielefeld gefassten Beschlüsse werden die Redaktionen nochmals ersucht, die in ihrem Besitz befindlichen Fragebogen gewissenhaft ausgefüllt an den Parteivorstand zurückzuschicken. Die einzelnen Blätter, die sich bisher trotz der Rücksendung des Fragebogens noch nicht entschieden haben, werden gleichfalls um baldige Entscheidung gebeten.

# Soziales.

## Die Heilstätten der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Nachdem der Reichstag das Gesetz betreffend die Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung angenommen hat, werden die Landesversicherungsanstalten vom 1. Oktober 1921 ab genügendes Geldmittel zur Verfügung haben, um das vorübergehende Helferverfahren in vollem Umfange durchzuführen. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat infolge der Vergrößerung ihres Bezirks für die doppelte Anzahl Versicherter zu sorgen; dazu kommt der überaus große Andrang der weiblichen Versicherten zu den Heilstätten. Des weiteren steht im Vordergrund die Wiederaufnahme und der Ausbau der Kinderfürsorge, deren Notwendigkeit, namentlich bei Bekämpfung der Tuberkulose, von allen Seiten anerkannt ist. Für alle diese Anforderungen reichen die Heilstätten bei Weitem nicht aus, und da der Neubau von Heilstätten bei den jetzigen enormen Baukosten ausgeschlossen ist, so muß die Unterbringung der Versicherten in auswärtigen Heilstätten und Kurorten ins Auge gefaßt werden. Um damit gleichzeitig eine völlige Trennung der Geschlechter herbeizuführen, haben die Organe der Landesversicherungsanstalt Berlin einstimmig den Beschluß gefaßt, die weiblichen Heilstätten in Zukunft nur mit weiblichen Versicherten und Kindern zu belegen und die männlichen Versicherten in auswärtigen Kurorten unterzubringen.

Für Tuberkulose sind in Aussicht genommen die Heilstätten: in Görbersdorf, Appyprings, Badenweiler, Schönberg, Baaß, Gölzhagen, Hermannswerder u. a. Für Rheumatische: Pölsin, Rennsdorf, Rothenfeld, Warmbrunn; für Herzleidende: Wilsheide und Orb; für Magenleidende: Wergenhelm, Miffingen, Salzbrunn; für Nervenleidende und Wundarme: Hiesebäder und Giebelsdorf. Für Leichter tuberkulose soll außerdem im Anschluß an die Fürsorgestellen ein Ambulatorium geschaffen werden, in welchem die Versicherten ohne Störung ihrer Berufstätigkeit einer spezifischen Behandlung unterzogen werden sollen.

In letzter Zeit sind bei uns wiederholt Berichte über mangelhafte Verpflegung und unhygienische Verhältnisse in einzelnen Heilstätten eingegangen. Hier wäre es Pflicht der Landesversicherungsanstalten, an die deartige Klagen gerichtet werden sollten, sorgsam zu prüfen und bei Mängeln energisch durchzugreifen, auch wenn die finanziellen Verhältnisse schwierig sind. Heilstättenbehandlung bei mangelhafter Pflege und Verpflegung sind Selbstvergeudung und frechhoftes Spiel mit der Arbeiterschaft.

## Lichtspieltheater und Luftverkehrssteuern.

Der Reichsverband Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer hat an seine Unterverbände einen Antrag gerichtet, in dem er die Lichtspieltheaterbesitzer auffordert, in ihren Gemeinden Eingaben in der Luftverkehrssteuerfrage zu machen. Es solle jedesmal der Antrag gestellt werden, eine Kommission von Lichtspieltheaterbesitzern Gelegenheit zu geben, mit dem städtischen Deputierten für die Luftverkehrssteuern die zurzeit bestehende Luftverkehrssteuerordnung eingehend durchzusprechen, bevor sie erneuert werden und der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt wird. Der Reichsverband selbst hat die Aufgabe gestellt, bei den zuständigen Ministern zu erreichen, daß die Aufsichtsbehörden — in Preußen die Oberpräsidenten — mit Anweisung der Richtung versehen werden, offenbar unbillig hohen Steuerföhen die Genehmigung zu verweigern.

Wir halten diese Forderung des Reichsverbandes Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer nicht für unbillig. Wir leben in einer parlamentarischen Republik, in der jeder abstraktistische Einschlag vermieden werden sollte. Es ist nötig, auch den Standpunkt der in diesem Fall leidenden Gegenseite kennenzulernen, um Ärten zu vermeiden, die weder im Interesse der Lichtspieltheaterbesitzer noch im Interesse der Kommunen sind.

## Aus aller Welt.

Holzbrand im Regensburger Hafen. In dem gewaltigen Bretterslager von Cottmann-Lugano im Hafengelände Regensburg brach ein Feuer aus, das nach Bulgarien verlaufenes Holz im Werte von 4 Millionen vernichtete. Dank der Windfölle wurden eine Reihe Petroleumtanks und die große Lagerhalle des Nordbayerischen Lloyd vor Vernichtung bewahrt.

**HEGAR ZIGARETTEN**

Fabrik Berlin N 37. Telefon: Nord. 10789

**Deutscher Metallarbeiterverband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kollege Friedrich Müllerscheid (Lebenwalder Str. 7 am 29. Juli gestorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 2. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Scharnhorstsirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt. Regge Beteiligung wird erwartet.

**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kollege Robert Pfeil (Pententelerstr. 37 am 24. Juli beim Baden ertrunken ist. Seine Uebersetzung in die Ortverwaltung.

**Prismen-Feldstecher**  
bestend. Zeiss u. Goerz werden ständig angekauft  
Photohaus Stöckelmann Berlin W 9, Potsdamer Str. 135

**Schnellzeichen-Apparat Polygraph R.P.**  
Uebersicht für jedermann 10 Mk.  
franko Nachnahme.  
H. Honig, Köln Victoriastr. 12

**Seltene Möbel-Angebot!**  
Nach beendeter Renovierung meiner Ausstellungsräume verkaufe ich bis 7. August mein reichhaltiges Möbeldager zu äußerst niedrigen Preisen:  
Schlafzimmer 3900.-, 4800.-, 5900.-, 10000.-  
Speisezimmer 3400.-, 4700.-, 6800.-, 22000.-  
Herrenzimmer 3500.-, 4400.-, 7200.-, 12000.-  
Küchen 7teilig . 580.-, 675.-, 745.-, 2500.-  
sowie sehr preisw. Klubgarnituren u. Einzelmöbel  
Auf Wunsch Zahlungsvereinbarung.  
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.  
Besichtigung lohnend.

**Beiser Lothringer**  
straße 67

**Künstliches Höhensonnen-Institut „Recipe“**  
Adolfstraße 12a am Krematorium  
behandelt gewissenhaft innere und äußere Krankheiten  
Sprechz. 11g, 9-7, Sonntags 9-1 Uhr. Kulante Zahlungsbedingungen. Günstige Fahrgelegenheit.

**Betten**  
hochfein, qualitativ, zeitgemäß, für alle Geschlechts- u. Altersklassen mit 16 Pfä prima federkräftigen, weichen Federn gefüllt, zusammen nur 495 Mk.; mit artverweihen Halbdannen nur 595 Mk.; mit reinweißen Halbdannen 695 Mk.; mit reinweißen, erweichenden Halbdannen mit Damendack 895 Mk.  
**Bettfedern**  
Halbdannen — Damen, je nach Qualität 14,50, 17,50, 19,50, 24,50, 29,50 bis 35.— Mk. Nur beste, anerkannte, standfreie Qualitäten. Nicht gefüllend Geld zurück. Katalog frei. Viele Danksch. Porto u. Vers. gratis.  
Berlin-Deutscher Export-Debit-Verein A. & H. Frankrose, Hessel 45

**Brillanten, Juwelen**  
kauft auch ganze Nachlässe besonders große Posten gute Ware, zum höchsten Kurs  
Amsterdamer Diamantenschleifer  
Gegr. 1892, 140 Friedrichstr. 140

**Wir suchen gut eingeführte, tüchtige, seriöse Fachleute als Vertreter für das neueste**



**Lomos**  
SESSEL-KRAFT-RAD  
Einspur-Auto

Lomos ist billig in der Anschaffung u. im Betrieb  
Lomos verbürgt bequemes sowie sicheres Fahren  
Lomos nimmt alle Steigungen

**Eichler & Co.** Berlin SW 11  
Barnburger Straße 23

**Spezial-Arzt**  
Dr. Scotti, Rosenhalerstr. 69-70 für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleide, Syphilis, Salvarsan-Kuren, Blauenters, Damen separat. 10-1. 5-7.

**Zinn u. Blei**  
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen  
Metallschmelzwerke  
Waldemarstr. 74  
Telephon: Moritzplatz 9988

**Insertate im Vorwärts bringen Erfolg!**

**Korpulenz**  
bedauerliche Selbstfälle beilegt auch ohne Diät „Graziana“, unerschöpfliches, natürliches Entfestigungsmittel. Ueber 30 Jahre mit höchstem Erfolge angewendet. 1 Pat. 15.-, 3 Pat. 43.50  
Otto Reibel, Berlin 95  
Stendeburgerstr. 4

**Deutscher Metallarbeiterverband**  
Verwaltungsstelle Berlin X. N. 54, Cinenstr. 83-85  
Grüßungszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr  
Telephon: Amt Köthen 188, 1289, 1287-711

**Tonerrung, den 4. August, abends 5 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnas. (Wielandstr. 10/17)**

**Verammlung**  
aller in der Batterie- und Elementindustrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen  
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Lohnfrage, 2. Verzeichnis.

**Donnerstag, den 4. August 1921, abends 7 Uhr in Boetters Festhallen, Wehertstr. 17:**

**Voll-Verammlung**  
aller in den Groß-Verliner Zinnungsbetrieben beschäftigten Kollegen  
Tagesordnung: 1. Die Wichtigkeit der Delegiertenwahl zur Kranenstasse, 2. Verzeichnis.

Kollegen! Es ist eure dringende Pflicht, zu dieser Verammlung zu erscheinen. — Mitglaubend willkommen!  
9/15 Die Ortsverwaltung.

18. bis 24. August

**Wohlfart-Geld-Lotterie**  
26673 Geldgewinne, zns. eine Million  
Hauptgewinne: 173/17

100 000 M. 60 000  
80 000 M. 50 000  
70 000 M. 40 000  
2x25 000 M. 5x10 000 M. usw.

Ganze Original-Lose nur 6 M.  
Porto und Liste 1,50 extra, Nachnahme 1 M. mehr.

**Emil Haase,** Berlin 24,  
Oranienburger Str. 31.

**Kapitan-Kautabak**  
einmal gepreßt — immer leicht, feinstes Geschmack; kein Feil, sondern den Höchsten Grad der Feinheit. Diese Kautabakblätter sind ein unvergleichliches Genussmittel.  
Cigarettenberg 21c, 22 (Kgl. 8001)



## Erchiebung der Etappenschweine.

Die Abendausgabe des „Deutschen Tageblattes“ ist bei ihrem Bestreben, jede Nummer zu einem Ereignis zu machen, einmal über eine vernünftige Idee gestolpert. Sie schlägt fortgedruckt an der Spitze ihres Blattes nach dem Rezept Bonapartes und Friedrichs II. vor, die Etappenschweine — „unbetreffte, betrefte und beachtliche“ — zu erschließen. Wir Deutschen dürften nicht davor zurückschrecken auszusprechen:

„Es ist nur zu beklammern, daß es unserer Seite nicht gegeben gewesen ist, zu bestrafen, wer bestraft sein mußte, zu erschließen, wer erschossen — im Interesse der heldenmütigen Armee und des darbenenden Volkes — erschossen werden mußte.“

Uns erscheint dieser Bludurst, wenn auch berechtigt, so doch reichlich spät zu kommen. Man ist versucht, zu fragen, warum Herr Reinhold Wulle und seine deutschnationalen Freunde diesen Vorschlag zur Abschredung des Etappenbetrügers, zur Bekämpfung betrügerischer Armeelieferanten und ähnlichen Fremde des Vaterlandes nicht schon 1914 gemacht haben. Der Grund, weshalb der Vorschlag damals nicht gemacht worden ist, liegt an der Oberfläche. Waren doch die in der Heimat sitzenden, durch betrügerische Geschäfte reich werdenden Armeelieferanten und die im Wohlleben versinkenden „Etappenschweine“ die Kerntruppe der Vergeltungs- und Eroberungsschreier. Gerade in jenen Kreisen konnte doch der Krieg nicht lange genug dauern, die Ausbeutung der Notlage des deutschen Volkes, des Elends der besetzten Gebiete, nicht gründlich genug sein. Wenn man in jenen Kreisen nach friderizianischem oder gar nach napoleonischem Rezept ausgeräumt hätte, das wären Lücken in der „Begeisterungsfront der Dabeimgeliebenen“ geworden! Während des Krieges forderten die Deutschnationalen, daß solche Männer wie Scheidemann, die einen Verständigungsfrieden predigten, auf den Sandhaufen gestellt würden. Und diejenigen, die Herr Wulle heute damals so gern erschossen gesehen hätte, haben in jener Zeit kräftig für das Erschießen der Vernünftigen geschrien.

Wenn das „Deutsche Tageblatt“ verhehentlich schon einmal eine vernünftige Idee hat, dann kommt es damit sieben Jahre zu spät.

## Der Kampf gegen Hörsing.

### Zur Untersuchung über den mitteldeutschen Aufstand.

Unter Ständiger Parteiblatt schreibt:  
Nach während des mitteldeutschen Aufstandes begann bekanntlich die verlogene Prophezei gegen den Oberpräsidenten Hörsing. Die deutschnationalen Weg, Graef und v. Drögander beileien im Landtage Zeitungsartikel herunter, mußten sich aber belehren lassen, daß sie weiter nichts als Unwahrheiten versapft hatten. Die ganze Deutschnationalen Partei stand vor dem Schicksal, als eine Partei der Lüge gebrandmarkt zu werden. Um die Partei zu retten, wurde im Landtage der Untersuchungsausschuß eingesetzt und Herr v. Drögander hineinbelegiert.

Wahr als komisch ist nun aber die Haltung dieses Untersuchungsausschusses. Es sieht fast so aus, als ob er die Wahrheit nicht erfahren will, denn sonst wäre es doch undenkbar, daß man Leute hineinbelegiert wie Dr. Liebknecht, der hauptsächlich nach Spiegeln, und v. Drögander, der nur nach kommunistischen Bombenschmeißern usw. sucht, die sich aber beide mit dem Aufstand als solchen sehr wenig oder gar nicht beschäftigen. Während nun Dr. Liebknecht als anständiger Charakter außerhalb des Parlaments und der Kommission schweigt, hat v. Drögander seinen schriftlichen Bericht fertiggestellt und schüttet nun seine „Weisheit“ in der deutschnationalen Presse aus.

Das Material beginnt mit einer Unwahrheit. „Die alten Amts- und Genzinsvorsitzer wurden entlassen“, heißt es! Niemand ist entlassen worden, nur sind die deutschnationalen Herren nicht wiedergewählt worden, als das Dreiklassenwahlrecht zu den Gemeinde- und Kreisvertretungen verschwand. Also die erste Unwahrheit!

Weiter: „Die keinerlei neugewählten Ehrenbeamten (Amts- und Gemeindevorsitzer), die öfters wegen Diebstahls, Meineides, Körperverletzungen, Rotzucht, öffentlicher Beleidigung, Hausfriedensbruchs, Wahlbetrug, Fruchtabtreibungsversuchen und Hehlerei vorbestraft sind, waren unerfahrene, unorgelbildete, uneingearbeitete Persönlichkeiten.“ Solch wirres Zeug schreibt der „gelehrte“ Dr. v. Drögander und will damit bei seinem Publikum den Eindruck erwecken, als ob unter den heutigen Amtsvorstehern der Provinz Sachsen Personen wären, die derartige ehrenrührige Strafen erlitten hätten. Warum sagt Drögander nicht die Wahrheit, daß Oberpräsident Hörsing all egewählten Amtsvorsitzer, die ehrenrührig bestraft waren, nicht bestätigt hat, auch nicht die deutschnationalen Schwarzschlägler und Getreideschieber?

Dann läuft Drögander Sturm gegen die Resbestelle beim Oberpräsidenten. Diese vom Staatskommissar im Auftrag der Regierung geschaffene Einrichtung nennt er eine Spitzelzentrale. Jeder, der die Einrichtung der Resbestelle kennt und weiß, daß ihr Leiter der politische Referat beim Oberpräsidenten ist, muß in der Behauptung Dröganders, die Resbestelle sei eine Spitzelzentrale, nur eine infame Verdächtigung sehen. Herrn v. Drögander ist die Magdeburger Resbestelle als einziger von den elf in Preußen bestehenden nur deshalb nicht „einwandfrei“, weil er entdeckt hat, daß sie nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Reichsbolschewisten, die Deutschnationalen, die die Gesetze noch schlimmer als die Kommunisten verstehen, scharf beobachtet und darüber pflichtgemäß weitermeldet.

Die Behauptung und Folgerungen, die Drögander im weiteren aus dieser (Spitzel-) „Resbestelle“ zieht, beweisen, daß er keine Ahnung von der Verwaltung hat. Er stellt daher alles auf den Kopf. So wie in seiner früheren Dienststelle, dem Zivilkabinett Wilhelms des Sechsten, Gewalt vor Recht ging, so will v. Drögander heute die Beamtenhaft einseitig beeinflussen. Er will keine unparteilichen, sondern deutschnationalen Beamten, mit deren Tätigkeit wir uns nächstens einmal befaßen werden.

Der Zweck des Dröganderschen Vorgehens ist der, dem Oberpräsidenten Hörsing auszuschalten und an seine Stelle die deutschnationalen Polizeioffiziere beim Regierungspräsidenten zu legen. Ist dies erst erreicht, dann ist die „Staatsautorität“ im deutschnationalen Sinne hergestellt. Bis dahin aber dürfte nach der Landtag einige Worte über die ganze Angelegenheit und insbesondere über den Fall Drögander sprechen. So wie die Dinge liegen, dürften dabei den „Wahrheitsapostel“ und „Eratschler“ Geh. Oberregierungsrat a. D. Dr. Drögander recht unangenehme Wahrheiten gesagt werden. Er ist in den Augen aller objektiv Denkenden gerichtet.

II. Der neue Landtag von Thüringen tritt am 8. Oktober zusammen.

Der Memeler Oberbürgermeister Altenbera ist von der Stelle eines Präsidenten des Landesdirektoriums zurückgetreten.

## Aufgaben und Ziele der Arbeiterjugend.

Bielefeld, 1. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Die zweite Reichskonferenz des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands wurde heute morgen 9 Uhr eröffnet. Adrechi und Ollenhauer eröffneten die Berichte des Hauptvorstandes. Sie gaben ein erfreuliches Bild von der Aufwärtsentwicklung des Verbandes, der heute 1200 Vereine zählt. Das sind 400—500 mehr als vor dem Kriege. Der Mitgliederbestand beläuft sich auf 80—90 000. Die „Arbeiterjugend“ wird in 75 000 Exemplaren und der „Führer“ in 5000 Exemplaren vertrieben. Der Schriftenvertrieb soll zentralisiert werden. Außerdem beschäftigt man sich mit der Gründung einer Jugendkorrespondenz, die die Parteipresse mit Artikeln über die Jugendbewegung versorgen soll. Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen 10 Anträge vor, die in der Hauptsache Gegenstand einer sehr kurzen Diskussion waren. Ein Antrag, daß alle Ortsvereine den Namen „Arbeiterjugendvereine“ führen sollen, wird angenommen. Alle anderen Anträge gehen an den Hauptvorstand. Westphal-Hamburg referierte über

### Die wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben des Vorstandes

und führte aus, daß es sich hier um keinen Gelegenheitsverein, sondern um eine Bewegung handle, die aus der Zeit geboren sei und von ihr ihre Aufgaben erwarde. Das Geschehen unserer Zeit bedeute eine Umwälzung in der ganzen Menschheit. Das Neue, das durch diese Umwälzung hervorgerufen wird, muß von der Arbeiterjugend getragen werden. Stolz erhebt sich unser Bewußtsein, daß wir zu dieser Arbeiterjugend gehören. Wir Arbeiterjugend sind Angehörige einer unterdrückten Volkschicht, in der unsere Kraft ungenutzt. In jenen Tagen waren notgedrungen gezwungen, uns zu sagen: Sitze zu, wie du mit dem Leben fertig wirst! Fast als Kind noch wurden wir ins Erwerbsleben geworfen. Was uns die Schule als Hilfswort mit auf den Weg gab, war recht unzulänglich. Wir müssen unsere Arbeit einstellen auf die Erziehung eines Lebensinhaltes, der uns fähig macht, revolutionär zu handeln. Unser Lebensziel umschließt zugleich die Arbeit für das Wohl der Allgemeinheit.

Dieser soziale Gedanke in unserer Arbeit führt uns zur Politik. Wir lassen uns eine niedere Bildung und eine Einschränkung unserer Lebensführung nicht mehr gefallen und werden alle Hindernisse, die sich uns entgegenstellen, niederringen. Das Werk der Selbsthilfe, die Kurse für unsere Jugend, werden wir auszubauen versuchen zu einer Arbeiterjugendhochschule. Westphal leitete dann den parteigenösslichen Lehrern den Dank der Arbeiterjugend für die Dienste ab, die sie der Bewegung zur Erreichung dieses Zieles geleistet haben. Wir wollen keine Faulenzer erziehen, wir wollen, daß jeder Werte schafft. Aber wir wollen auch, daß für den jungen Arbeiter die Arbeit eine Freude ist. Die junge Kraft, die sich freimachen will von der Ausbeutung, zu erziehen, ist unsere Aufgabe. Die Ziele, die wir uns mit unserer Beziehung zu Jugendbeschäftigungen stellen können, können wir mit unserem Verband allein nicht erreichen. Wir müssen immer darauf achten, daß die ganze Arbeiterjugend hinter uns steht. Der Redner zeigt dann kurz die Erfolge, die der Verband auf dem Gebiete des Lehrlingswesens erzielt hat und sagt weiter: Das alles zeigt uns, wie eng wir an das Schicksal der Arbeiterbewegung gekettet sind. Im Kreise der alten Streiter wollen wir heranwachsen zu Kämpfern für die Umwandlung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Trotz dieses engen Verhältnisses zu den Arbeiterorganisationen bewahren wir uns unsere Selbstständigkeit und unsere Freiheit. Wir wehren uns gegen die Begrenzung unseres Lebensweges. Uns erfüllt der Geist der sozialistischen Arbeiterjugend, deren dritte Generation wir sind. Wir mit uns ernstlich bestrebt ist, an der Steigerung der Erfüllung unserer Aufgaben zu arbeiten, den bitte ich, mit mir unsere Organisation und alle Kräfte zu gründen mit einem „Frei Heil“ (lebhafter Beifall).

Ohne Diskussion nimmt der Kongress diese Rede zur Kenntnis und beschließt, sie als Broschüre herauszugeben zu lassen. Im Anschluß daran wird eine Entschließung angenommen, die den Hauptvorstand beauftragt, mit unverminderter Kraft für die Forderungen des Jugendbeschützungs- und Erziehungsprogrammes zu wirken, und mit allen Mitteln die Angriffe auf den Acht und zehnten Tag abzuwehren.

In der Nachmittags Sitzung referiert Rüdiger-Berlin über: „Die Internationale und wir“. Er schildert die Entstehung der ersten Arbeiterjugend-Internationale in Stuttgart und umreißt die Aufgaben derselben folgendermaßen: Kampf gegen Militarismus und Imperialismus, kulturelle Aufgaben der Jugend und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Diese erste Jugend-Internationale von Stuttgart starb am Kriege, aber unsere deutsche Bewegung erhebt sich aufrecht und wächst. Rüdiger schildert dann den unsern Lesern bekannten Verlauf der Verhandlungen, die zur Gründung der jetzigen Jugendinternationale führten. Ausführlich behandelt er dann die

### Gegenstände zwischen der Amsterdamer und der Moskauer Jugendinternationale.

Für die Arbeiterjugend gibt es nur eins: die 2. Jugendinternationale, die Pfingsten 1921 in Amsterdam begründet wurde. An uns wird es liegen, daß das Wort zur Wahrheit wird, das wir in diesen Tagen so oft gehört haben: Die Internationale wird die Menschheit sein. Ohne Diskussion wird die Resolution angenommen, die es als die heiligste Aufgabe des Arbeiterjugendverbandes bezeichnet: den Gedanken der Völkerverständigung und des Weltfriedens in die Köpfe und in die Herzen der Jugend zu pflanzen.

Dann schreitet der Kongress zur Beratung der vielen Anträge. Der größte Teil wird dem Hauptvorstand zur Beratung überwiesen. Ein Antrag der Hamburger protestiert dagegen, daß die

## Rupprecht will König werden!

Wie uns aus München gebracht wird, wurden in einer Agitationssammlung der bayerischen Königspartei folgende Richtlinien für die Propaganda bekanntgegeben:

Unsere einzige Rettung ist: Los von Preußen und Anschluß an Frankreich! Wir können von Frankreich alles verlangen, Kohle und Geld, wenn wir es fertig bringen, mit unserem neuen Königreich einen Keil in die preußische Politik zu treiben. Der zukünftige König, Prinz Rupprecht von Bayern, steht mit seiner Person für alles ein. Rahr, Escherich und Roth haben uns an die Preußen verraten. Unser zukünftiges Königreich wird kein Sklave des Kapitals sein, sondern ein Volkskönigreich. Unser Prinz Rupprecht macht sich schon auf dem Lande populär, indem er jedem Holzknast die Hand drückt und sich mit ihm unterhält. (!) Sobald wir einen König haben, werden die Lebensmittel um 50 Proz., die Kohlen um 30 Proz. billiger werden.

Rahr erzieht für seine Bestrebungen, es seinen nationalistischen Freunden recht zu machen, bitteren Untand

## Erwerbslose und Oberschlesien.

Am 1. August erschien der Jäger Paul Hamann (geboren den 24. Mai 1899 zu Schönberg) von der 3. Brandenburgischen Jägerabteilung (von Heubreda) vor dem Arbeitsnachweis in der Wusterhausenener Straße und versuchte dort Anwerbungen für Oberschlesien zu machen. Nach seinem Erscheinen wurde er von den Erwerbslosen des Nachweises festgehalten. Die Durchsicht seiner Papiere ergab, daß er von vier Zigaretten- und zwei Schokoladensirmen Adressen hatte. Gleichfalls hatte er die Adressen des Vereins nationalsozialistischer Soldaten, Schillingstr. 10, sowie von Mitgliedern des Deutschen Reichsverbandes und Turnbundes und der Deutschen Volkspartei. Bei all diesen Adressen war er berechtigt (laut Aus-

„Arbeiterjugend“ den Kommunisten wiederholt „zu scharf“ entgegengetreten ist. Nachdem ein Delegierter vom Reichsbund der Hamburger eingeladen hat, einmal dort oder in Weidau/Deutschland oder in Berlin zu arbeiten, wird dieser Hamburger Antrag gegen vier Stimmen und unter stürmlichem Beifall der Versammlung abgelehnt. Weiter wird beschlossen, eine Sammlung zur Erleichterung eines Ferienheimes zu veranstalten. Allen Ortsvereinen wird zur Verpflichtung gemacht, jede Zusammenarbeit mit den „Inzentrungen“ abzulehnen. Ein Antrag Hannover, nicht alle Jahre einen Reichsjugendtag abzuhalten, wird ebenfalls unter lebhaftem Beifall abgelehnt. Einstimmige Annahme fand eine Resolution, die die Arbeiterjugend verpflichtet, keinen bürgerlichen Turn- oder Sportvereinen anzugehören. Die

### Wahl des Vorstandes

hatte folgendes Ergebnis: Vizepräsident: Westphal-Hamburg, Sekretäre: Fritz Barthels-Berlin, Heinrich Schulz, Marie Duchacz, Johannes Sassenbach, Emilich Berlin, Georg Spiegels-Stuttgart und Hafmann-Dorimund, Hilde Ollenhauer-Magdeburg, Walter Rüdiger und Hans Schädel-Berlin. Nach einem kräftigen Schlusswort Heinrich Schulz, nach einem Dank Westphals an den scheidenden Vorsitzenden Schulz, sang die Versammlung lebend das Lied: „Die neue Zeit“ und stimmte begeistert in ein dreimaliges „Frei Heil“ ein. Damit hatte die zweite Reichskonferenz des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands und der zweite Reichsjugendtag sein Ende erreicht.

### De Brouckere über Bielefeld.

Ein Redaktionsmitglied des „Soz. Parlamentsdienstes“ in Berlin hatte anlässlich der Jugendtagung in Bielefeld mit dem Führer der belgischen Sozialdemokratie, Genossen de Brouckere, eine Unterredung. Auch über die deutsche Jugendbewegung äußerte sich Genosse de Brouckere, und es wird unsere jugendlichen Genossen besonders interessieren, mit welchem Eindruck und mit welchen Wünschen der Führer der Sozialdemokratie Belgiens am Montag von Bielefeld abgereist ist. Ueber seine Auffassung befragt, äußerte de Brouckere u. a.:

„Ich war tief ergriffen bei dem Anblick dieser tapferen und frohen Jugend und hatte den Eindruck, daß diejenigen, die Ihre Arbeiterjugend organisiert haben, eine große Idee verwirklicht, voll von Hoffnungen für die Zukunft.“

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte ich die Debatten der Bielefelder Tagung, wo die jungen Leute wie die jungen Mädchen lebhaft ihre Ideen verteidigten. Erwartete Sie nicht von mir — so habe de Brouckere fort — daß ich im Anschluß daran über die Verdienste der Hamburger Bewegung oder derjenigen des Genossen Müller mich irgendwie äußere. Ich hatte zwar zuweilen den Eindruck, daß man sich zu sehr um die Frage kritisierte, ob das erste Et voom Huhn abstammte oder das Huhn vom ersten Et, aber das macht nichts aus, denn schließlich stimmten sie alle in der Hauptsache überein: in dem gemeinsamen Jost praktisch an der modernen Arbeiterbewegung sich zu beteiligen und durch Entwicklung der eigenen Persönlichkeit ein nützliches Glied im Sozialismus und der Republik zu werden, kurz gesagt, um neue Frauen und Männer zu werden, sozialistische Frauen und Männer oder wie Jaurès sagen würden, menschliche Frauen und Männer.

Man braucht nur die jungen Männer und die jungen Mädchen zu sehen, um zugleich zu merken, daß dieser Gedanke bereits in einigen Punkten erfüllt ist. Sie arbeiten Tag für Tag, um die Zukunft für den Sozialismus und den Frieden vorzubereiten. Welch schöneres Versprechen könnten sie auch ihren Voreltern bieten? Man kann es nur bedauern, daß die eigene Jugend anders war. Unmühsam drängt sich jetzt der Vergleich dieser Jugendbewegung mit den Zeiten auf, welche früher in den Kasernen des Kaisers abgerichtet wurden. Andere Rienen, andere Bewegungen, anderes Wesen. Nichts als dieser Gegenjah von früher und heute kann besser beweisen, daß die Voraussetzungen einer neuen Zukunft beginnt.

Da die Morgenröte einer neuen Zukunft! Trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten, trotz diplomatischer und militärischer Verwicklungen, die uns fortwährend bedrohen, kann man diese Zuversicht haben. Der alte Krieg laßt noch auf uns, wir können ihn nur langsam in Ruhe und Ausdauer liquidieren, oder er ist zu liquidieren, und diejenigen, welche die Ereignisse aufmerksam beobachten, müssen feststellen, daß sich allmählich ein Wechsel der Dinge vollzieht.

Zunächst weiß heute jedermann, daß der Krieg durch die Fortschritt der Wissenchaft gefördert, in mir etwas Schlimmes ist, jedoch deshalb, weil in den wirtschaftlichen Verhältnissen verschiedener Nationen Verwirrungen hineingetragen wurden, unter die die ganze Welt jetzt zu leiden hat. Schließlich, und das ist das Schöne, sind insofern Änderungen eingetreten, als die Macht des Profetariats zu einer mächtigen Größe angewachsen ist, und endlich, was ganz besonders hervorzuheben ist, weil die Jugend nichts mehr vom Kriege wissen will.

Und wer könnte gegen den Willen und den Eifer der deutschen jungen Männer und Mädchen handeln, wo ein ähnlicher Wille in der Jugend aller Länder vorhanden ist? Friedrich II. staube ich, was es, der gesagt hat, daß, wenn einmal die Bolonette anfangen zu denken, die Zeit der Generale vorbei sei. Wie ich die wunderbaren Zeichen ihrer Jugend in den Strohen Bielefelds beobachtete, hatte ich den Eindruck, daß die Zeit schon gekommen sei.

Grüßen Sie also — so schloß de Brouckere seine Ausführungen über die Eindrücke von der Bielefelder Tagung — die deutsche Arbeiterjugend. Möge sie immer eine starke Stütze sein für die Zukunft der deutschen Republik, das ist der Wunsch aller belgischen Sozialisten, und Sie sehen hierin die Gewähr für einen endgültigen Frieden.

meis seines Vorgesetzten Leutnant (Ester), Liebesgaben zu empfangen. Die Adressen, so wurde von ihm erklärt, habe er zum Teil von seinem Vorgesetzten Leutnant Ester sowie in einem Anzimmer des Schöneberger Rathauses erhalten. Er erklärte zu seiner Rechtfertigung, gerade deshalb unter den Arbeitlosen zu werden, damit in seiner Formation durch Zutritt von Profetariern ein besseres Verhältnis der Kameraden untereinander eintrete, denn bisher sei seine Formation zum größten Teil nur aus Studenten zusammengesetzt.

Nach Feststellung seiner Person wurde er nochmals (besonderer Umstände wegen) durch einen Kriminalbeamten festgenommen und nach der Polizeiwache Holzmarktstraße gebracht, von wo aus seine Freilassung nach Feststellung seiner Person erfolgen sollte. Er bat aber, solange auf der Wache bleiben zu dürfen, bis er gefahrlos (eine große Anzahl Erwerbsloser war ihm bei seiner Feststellung zur Wache gefolgt) wieder die Wache verlassen könnte. Der Ausweis, der ihm von Seiten der Erwerbslosen abgenommen wurde, lautete folgendermaßen:

„Befehlsempfänger Hamann

Stempel:

3. Brandenburgische Jägerabt.

A. B. Frhr. v. Bietinghoff, Lt. und Wstl.

## Proteststreik in Danzig.

Danzig, 1. August. (M.T.B.) Da die von der Sozialdemokratischen Partei für Donnerstag beabsichtigte Demonstration auf dem Hauptmarkt verboten wurde, rufen der Allgemeine Gewerkschaftsbund für die freie Stadt Danzig, der Allgemeine freie Angestelltenbund, die Kfa, die Sozialdemokratische Partei in Danzig, die Unabhängigen und die Kommunisten zu einem Donnerstag einsetzenden 24stündigen Generallstreik der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf. Es soll protestiert werden gegen die unerhörte Befastung durch direkte und indirekte Steuern, gegen die Erhöhung der Wohnungskosten, gegen die gewaltige Verteuerung der Lebensmittel und gegen die beabsichtigte Erhöhung des Brotpreises.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Wahlen im Metallarbeiterverband.

Bis jetzt: 270 SPD., 151 USP., 92 KPD.

Das Abendblatt der „Freiheit“ brachte eine Notiz über das Ergebnis der Wahlen im Metallarbeiterverband. Ein Gesamtergebnis mit genauer Angabe der Stärke der einzelnen Fraktionen kann bis jetzt noch nicht vorliegen. Nach der „Freiheit“ sind bis jetzt 200 SPD., 208 USP. und 73 KPD. Delegierte gewählt.

Das Ergebnis, das uns bis jetzt aus völlig einwandfreier Quelle vorliegt, sieht wesentlich anders aus. Statt in 408 ist uns in 513 Fällen die Parteizugehörigkeit gewählter Delegierter bekannt. Davon gehören der SPD. 270, der USP. 151 und der KPD. 92 Delegierte an.

Die noch ausstehenden 267 Mandate werden hoffentlich an dem Verhältnis dieser Zahlen nicht mehr viel ändern. Auf jeden Fall aber werden die Moskau-Gegner auf dem Verbandstage in Jena die überwiegende Mehrheit besitzen und die Einheit des Metallarbeiterverbandes wird erhalten bleiben.

## Gaukonferenz der Textilarbeiter.

Der Gau Mittel- und Norddeutschland des Deutschen Textilarbeiterverbandes hielt am 30. und 31. Juli eine Gaukonferenz in Lützenleben ab, die von rund 100 Vertretern besucht war. Nach Begrüßungen durch den Gauverfänger Raasch, Berlin und Bürgermeister Kreis-Lützenleben, erstattete der Gauleiter Kofke-Berlin den Geschäftsbericht. In 46 Ortsvereinigungen sind 92 000 männliche und 16 000 weibliche Textilarbeiter organisiert; das sind durchschnittlich 80 bis 90 v. H. aller vorhandenen. In manchen Orten gehören restlos sämtliche Arbeitnehmer dem Verbande an. In dem Bezirke werde die Textilindustrie noch in den verschiedensten Formen betrieben. Neben modernsten Fabriken treffe man noch alte Webstühle an, die ins Museum gehören. Die Aufgaben der Gewerkschaften seien heute viel größer als früher. Das Tarif-Schlichtungs- und Betriebsrätewesen beanspruche einnehmende Pflege. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft habe zu Preissteigerungen geführt und die Textilindustrie erlitten mörderische Gewinne. Dividenden von 100 Prozent seien nicht die höchsten. Die Textilarbeiter wollen die Profite nicht allein den Unternehmern lassen. In der Textilindustrie des Bezirks bestrebe zwischen den Unternehmern und den Arbeitern keine Arbeitsgemeinschaft. Die Löhne seien meist nur für den anderen Arbeiter angepasst. Redner wünscht, daß die Löhne für ganz Mittel- und Norddeutschland einheitlich geregelt werden. Die nächste Zeit stelle die Gewerkschaft vor neue Probleme. In ausgiebiger Aussprache erklärt man sich mit den Maßnahmen der Gauleitung einverstanden und erteilt Entlastung. Sodann wurde beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten und die Tarife zu kündigen. Begründet wurde das mit der eingetretenen und noch in Aussicht stehenden Verteuerung der Lebensmittel. Ein Antrag der Bezirks-Tarifkommission, Vertreter der Betriebsräte beizugeben, fand Ablehnung. Einige von „unabhängigen“ Ortsvereinen gestellten Anträge: Die Betriebsräte aus der Textilindustrie innerhalb des Bezirks zusammenzufassen, für eine einheitliche Bearbeitung von Tariffragen des Bezirks durch Schaffung eines Bezirksarbeitsrats zu sorgen, Richtlinien für die Organisierung der Bezirksarbeitsräte aufzustellen, weil man mit den Ansichten des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes hierüber nicht einverstanden sei usw., wurden der Gauleitung als Material überwiesen. Gewünscht wurde, in Pommeren und Westpreußen eine bessere Agitation zu entfalten. Ein Antrag, die Gaukonferenz immer am Orte des Sitzes der Gauleitung stattfinden zu lassen, wurde abgelehnt. Die bisherigen Gauleiter wurden wieder gewählt; Berlin bleibt weiter ihr Sitz. Hierauf wurde in langer Aussprache Stellung genommen zu den Beschlüssen der letzten Generalversammlung des Verbandes in Breslau. Gedrückt wurde dabei besonders die Arbeitslosenfrage, die in internationalen Gewerkschaftskonferenzen soll in Stettin sein. Zum internationalen Gewerkschaftskonferenz soll in Stettin sein. Zum internationalen Gewerkschaftskonferenz in Paris wurden Kofke und Dörr vorgeschlagen.

## Lohnberatungen der Berliner städtischen Arbeiter.

Am Freitagabend haben die Betriebsräte und Funktionäre der städtischen Betriebe zu den am 31. August erfolgenden Ablauf des Lohntarifs Stellung genommen. Nach längerer Diskussion wurde mit großer Stimmenmehrheit die sofortige Kündigung des jetzigen Lohntarifs beschlossen. Wie das Lohnariefell mittelst, ist die Kündigung auf Grund dieses Beschlusses bereits erfolgt. Die Betriebe werden im Laufe dieser Woche zu den neuen Forderungen Stellung nehmen.

## Achtung! Städtische Arbeiter und Angestellte.

In den Betrieben der Stadt wird ein Flugblatt verbreitet, das zu einer Verammlung der städtischen Arbeiter und Angestellten für Dienstagabend einladet. In dieser Verammlung soll unter anderem Stellung genommen werden zur Kündigung des Lohnariefs. Als Einberufer der Verammlung zeichnet der Verband der Kopf- und Handarbeiter. Da der „Verband der Kopf- und Handarbeiter“ keine freigewerkschaftliche Organisation ist und auch von den drei sozialistischen Parteien als gewerkschaftliche Organisation abgelehnt wird, eruchen wir die Mitglieder der freigewerkschaftlichen Organisationen, dieser Einladung keine Folge zu leisten.

## Beendigung des Streiks im Kartoffel-Großhandel.

Am Montagmorgen fand eine nochmalige Verhandlung mit den Unternehmern statt. Es erfolgte eine Einigung auf folgender Basis: Der Lohn von 325 M. pro Woche gilt vorläufig, und zwar rückwirkend ab 1. Juli. Zur endgültigen Regelung des Lohnes wird der Schlichtungsausschuss angerufen, dessen Spruch für beide Parteien bindend ist. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden. Am Dienstag, den 2. August, wird die Arbeit in allen Betrieben restlos aufgenommen. Juridische weisung einzelner Arbeiter darf nicht erfolgen. Montagabend beschloß eine Verammlung der Streikenden, unter den angeführten Bedingungen heute früh in allen Betrieben die Arbeit wiederaufzunehmen.

## Produktive Erwerbslosenfürsorge in Groß-Berlin.

Die Aktion, Arbeitslose unter Zuzufuhr aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge mit Wohnungsreparaturen zu beschäftigen, zeigt in Berlin erfreuliche Fortschritte. Anfänglich bestand in Handwerkerkreisen eine starke Abneigung gegen diese Aktion überhaupt. Erst als das Landesarbeitsamt dazu überging, auch dann Reparaturarbeiten zu bezuschussen, die von Arbeitslosen unmittelbar, also unter Umgehung des Handwerkers, übernommen waren, gaben die Unternehmer den Widerstand auf und bemühten sich in steigendem Maße um die Zuzufuhr.

Während in den Monaten November 1920 bis Januar 1921 die Summe der gearbeiteten Werktage unter 10 000 im Monat blieb, nämlich 5300, 6866 und 8396, stiegen die Monatszahlen von da recht schnell. Der Februar 1921 brachte 11 568 Tage, dann 20 617, 28 301, 37 007 Tage und erreichte im Juni 1921 bereits 42 992 Arbeitstage. Im ganzen wurden bis Ende Juni 161 782 Arbeitstage bezuschusst. Dieses bedeutet für rund 6500 Arbeitslose Beschäftigung für je ein halbes Jahr.

Den stärksten Anteil zeigen naturgemäß die Maser mit über 57 000 Tagen. Das engere Baugewerbe (Maurer, Hilfsarbeiter, Fuher und Zimmerer) weisen zusammen fast 73 000 Tage auf. Dachdecker 8500 Tage, Gerüstbauer 5100 Tage, Klempner 5400 Tage, Töpfer 2962 Tage. Dagegen erscheinen die auf Tischler und Tapezierer entfallenden Tage mit 1954 und 1823 Tagen recht gering.

Der Zuzufuhr beträgt für Tag und Arbeiter rund 32 M. Nach den neuerlichen Bestimmungen wird für langfristige Arbeitslose ein höherer Zuzufuhr ausgesetzt. Es ist nur zu wünschen, daß allgemein von dieser Aktion ein noch viel weiterer Gebrauch gemacht würde. Die Arbeitslosen könnten zum eigenen Vorteil noch sehr viel zur Propagierung der Wohnungsreparatur mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge tun.

## Das Harburger System der Erwerbslosenhilfe.

In Harburg (Ube) waren seit je die Bestrebungen zur Behebung der Arbeitslosigkeit besonders reger. Im Herbst 1920 wurde dann auf Betreiben des dortigen Ortsausschusses des ADGB eine produktive Erwerbslosenfürsorge unter Anspannung der gesamten Bürgerschaft der Stadt ins Leben gerufen. Der Gedanke war, die zur Durchführung der Aufgabe notwendigen Mittel nicht aus gelegentlichen Spenden und Sammlungen fließen zu lassen, sondern auf festnormierte laufende Leistungen aller Bevölkerungsschichten zu basieren. Dazu mußten natürlich Mittel aus der staatlichen und gemeinlichen Erwerbslosenfürsorge treten. Die industriellen Arbeitgeber und selbständigen Handwerker leisteten einen freiwilligen Beitrag von 1 M. wöchentlich für jeden beschäftigten Arbeiter, der Großhandel 1 v. H. der vorausgeschätzten Gehaltssumme, der Kleinhandel je nach Umsatz 20 bis 100 M. monatlich, die Arbeiter zahlten bis 300 M. Verdienst 1/4 v. H., über 300 M. 1 v. H. der Lohnsumme, die Angestellten, Lehrer, Beamten und übrigen Kreise gleichfalls 1/4 bis 1 v. H. ihres Einkommen. Dazu traten freiwillige Beiträge. Weiter die durch Beschäftigung der Arbeitslosen ersparte Unterhaltungssumme und ein Anteil der Stadt von 10 000 Mark wöchentlich. In der Zeit vom 15. September 1920 bis Ende April 1921, also in 7 1/2 Monaten, rund 1 700 000 M. Davon kamen an Beiträgen von den industriellen Arbeitgebern 462 600 M., Großhandel 43 000 M., Kleinhandel 62 700 M., Handwerker 18 200 M., Arbeiter und Arbeiterinnen 455 000 M., Angestellte 116 700 M., Erwerbslosenfürsorge 160 500 M., von der Stadt 320 000 M., sonstige Beiträge 53 500 M.

Die Einrichtung selbst bewährt sich außerordentlich gut. Bis Ende März war bereits 2150 Personen Gelegenheit zum Erwerb geboten worden. Neuerdings ist die Anlegung eines Staubedens in Anariff genommen worden. Gearbeitet wird täglich vier Stunden, um möglichst viele Arbeitslose beschäftigen zu können. Der Lohn variiert je nach dem Alter und beträgt für über 20 Jahre alte Arbeiter 5 M. die Stunde. Durch Akkordarbeit erhöht sich dieser um 2.20 M. die Stunde.

Das Harburger System verdient die ernsteste Beachtung aller Kreise, die sich mit dem Problem der Erwerbslosenfürsorge beschäftigen. Was in Harburg (rund 70 000 Einwohner) geleistet ist, sollte auch an anderen Orten Ansporn sein, um durch Gemeinschaftshilfe den Erwerbslosen beizustehen.

## Rechtsverbindlicher Tarifvertrag.

Die zwischen dem Zentralverband der Angestellten, Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Verein kaufmännischer Angestellten der Leder-, Lederwaren-, Hute- und Schuhbranche Deutschlands e. V. und dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels unterm 27. Mai

1921 abgeschlossene Vereinbarung ist auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums unter dem 21. Juli 1921 auf Blatt 2022 Iff. Nr. 4 und Blatt 2641 des Tarifregisters zum allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 12. Februar 1920 für die kaufmännischen Angestellten der Lederwirtschaft für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 27. Mai 1921.

Kollegen, welche in dieser Branche tätig sind und noch nicht das tarifliche Gehalt beziehen, werden ersucht, sich an den Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe Textil, Bekleidung, Leder, Berlin SW. 68, Belle-Alliance-Str. 7/10, zu wenden.

## Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 84 Absatz 1 Ziffer 4 BRG. §§ 12, 13 der Verordnung vom 12. 2. 20. Verzicht auf gesetzliche Rechte. Von dem Schlichtungsausschuss Düsseldorf wurden am 21. April 1921 eine Anzahl gekündigter Arbeitnehmer mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Die betreffende Firma hatte sich in einer Bekanntmachung bereit erklärt, für den Fall, daß die gekündigten Arbeitnehmer geschlossen zu arbeiten aufhören, denselben Lohn von 8 Tagen auszuzahlen. Von dem Vorsitzenden des Betriebsrates waren die Arbeitnehmer auf die sich hieraus ergebenden Folgen hingewiesen worden. Der Schlichtungsausschuss stellte fest, daß weder die Fristen aus dem BRG., noch aus der Verordnung vom 12. 2. 20 bei der Anrufung gewahrt worden sind, außerdem jedoch auch ein Verstoß gegen die guten Sitten deshalb vorliege, da die gekündigten Arbeitnehmer Zeit genug gehabt haben, sich zu überlegen, ob sie den Vorschlag der Firma annehmen oder nicht. Sie seien über die Folgen ihres Tuns durch den Betriebsratsvorsitzenden eingehend aufgeklärt worden und hätten sich durch Annahme des Lohnes von 8 Tagen ihrer weiteren Rechte begeben.

Derselbe Schlichtungsausschuss hat am 13. April 1921 einen gekündigten Arbeitnehmer mit seinem Anspruch ebenfalls abgewiesen. Von der beklagten Firma wurde ausgeführt, der Kläger sei zur vorübergehenden Beschäftigung eingestellt. Diesen Einspruch wies der Schlichtungsausschuss zurück, da nicht nachgewiesen werden konnte, daß es sich tatsächlich nur um vorübergehende Einstellung gehandelt habe, daß eine dauernde Beschäftigung vorliegt. Dagegen habe der Kläger bei seiner Kündigung sich für einen ihm noch nicht zustehenden Urlaub von 3 Tagen, Lohn auszahlen lassen mit der stillschweigenden Erklärung, keinen Einspruch gegen die Kündigung zu erheben und sofort auszutreten.

Der Kläger müsse gemußt haben, welche Bedeutung für ihn die Auszahlung dieses Geldes habe, da in einer Betriebsversammlung ausdrücklich mitgeteilt worden sei, daß die Auszahlung von Urlaubsgeld für noch nicht zustehenden Urlaub nur an diejenigen erfolge, die zum Austritt bereit seien.

Aus beiden vorangeführten Streitfällen geht hervor, daß sich die beklagten Arbeitnehmer über die Bedeutung ihres Tuns trotz Hinweises der Betriebsvertretung nicht klar sein wollten. Es ist bei der heutigen Wirtschaftslage zu verstehen, daß Arbeitnehmer ein Interesse daran haben, die Möglichkeit, etwas Geld sofort in die Hand zu bekommen, auszunutzen. Wichtiger jedoch als alles andere ist für uns, mit allen Mitteln zu versuchen, unter allen Umständen an der Arbeitsstelle zu verbleiben und nicht aus dem Produktionsprozeß auszuschließen; denn selbst die Möglichkeit, verkürzt zu arbeiten, ist trotz aller finanzieller Einbuße für die Betroffenen immer noch höher einzuschätzen, als arbeitslos zu sein und täglich nutzlose Gänge nach dem Arbeitsnachweis zu unternehmen.

Deshalb dürfen sich Arbeitnehmer durch derartige Anreizmittel der Unternehmer ihrer gesetzlichen Rechte nicht begeben, sondern müssen in allen Fällen selbst oder durch ihre Betriebsvertretungen bzw. Gewerkschaften fristgerecht den Schlichtungsausschuss anrufen, um wieder an ihrer Arbeitsstelle weiter beschäftigt zu werden.

Deutscher Transportarbeiterverband (Bezirk Groß-Berlin). Donnerstag, den 4. August, abends 7 Uhr, Zentral-Behalle, Witz-Jobst, 2. Allgemeine Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom intern. Transportarbeiterkongress in Genf. Referent: Kollege O. Ortmann. 2. Tätigkeitsbericht der Sektionsleitung für das 2. Quartal 1921. 3. Diskussion. 4. Persönliches und Sektionsangelegenheiten.

Branche D (Glas und Keramik). Am Donnerstag, den 4. August, abends 6 Uhr, bei Ferrara, Reichsstraße 13, Völkerversammlung: Bericht der Lohnkommission.

Deutscher Feinarbeiterverband. Donnerstag, den 4. August, im Gewerkschaftshaus, Saal 5, Verammlung aller Strohhutübernehmer. Am Freitag, den 5. August, abends 5 Uhr, Saal 3, Gewerkschaftshaus, Verammlung der Betriebsräte aller Branchen.

Zentralverband der Fleischer. Außerordentliche Generalversammlung am Dienstag, den 2. August, abends 7 Uhr, in Boellers Gesellschaft, Weberstr. 17.

Wetter bis Mittwoch mittag: Fortdauernd heiter, trocken und sehr warm bei schwachen, überwiegend nordwestlichen Winden.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiese, Berlin. Verlag: Formwirtsch.-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formwirtsch.-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Zur Körperpflege verwende man bei zarter, empfindlicher Haut und für Kinder nur die seit über 25 Jahren bewährte Myrrholin-Seife.

**Stoffe** für Herren- u. Damen-Bekleidung  
 für Herren- u. Damen-Bekleidung  
 „Aparé Neuhelst“ Verkauf mehrerer G. m. b. H. b. H.  
 Gertraudenstraße 20-21

# Sonder-Angebote

Sowell Vorrats

Damen-Schnür- u. Spangenschuhe

R.-Chevreaux

89<sup>00</sup>

Herren-Schnürstiefel

R.-Chevreaux

Marke „Hassia“

212<sup>00</sup>

Echtes Köln. Wasser

Joh. Maria Carl Farina..... 1/4 Flasche

17<sup>50</sup>

Hochf. Parfüm

In Probeflaschen..... 2<sup>25</sup> 2<sup>75</sup> 3<sup>25</sup>

Feinster Gesichtspuder

la Qualität..... Schachtel

2<sup>00</sup>

Toilette-Fettseife

fein parfümiert..... Stück

1<sup>85</sup> 2<sup>75</sup> 3<sup>95</sup>

Prima Oberschalseife

etwa 250 Gramm..... Stück

2<sup>95</sup>

Kernseife

garantiert rein..... Doppelsäck

1<sup>95</sup>

Vorgezeichnete

Kissenplatten

40 x 60 cm

14<sup>75</sup>

Quadrate

27 x 27 cm.....

1<sup>90</sup>

Photoplatten

6 x 9 cm..... 9 x 12 cm

Dutzend 9<sup>00</sup> Dutzend 11<sup>90</sup>

10 x 15 cm..... 11 x 18 cm

Dutzend 16<sup>50</sup> Dutzend 24<sup>75</sup>

LEIPZIGER STRASSE  
 IM ZWEITEN STOCK

**GEMÄLDE  
 AUSSTELLUNG**

FREIE VEREINIGUNG  
 DEUTSCHER KÜNSTLER

Frottierhandtuch  
 guter Kräuselstoff..... 1<sup>350</sup>

Badelaken  
 guter Kräuselstoff..... 59<sup>50</sup>

Morgenröcke  
 aus guten Sommerstoffen..... 59<sup>50</sup>

**HERMANN TIETZ**